

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
ganjährlig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
zahlung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Hinter der Maske des Nationalismus.

Wie ein Irrlicht, das in dunkler Nacht den Wanderer in den bodenlosen Sumpf lockt, so hat der Nationalismus das deutsche Volk immer tiefer ins Verderben geführt. Die große Abrechnung, die gegenwärtig im Münchener Hitlerprozeß mit den Gespenstern geführt wird, die spielerisch Deutschlands Untergang hätten herbeiführen können, sie ist ebenso eine Mahnung zur Besinnung, wie ein Lehrkursus zur Erkenntnis der Seuche, die nahe daran war, den deutschen Volkkörper zu zerfressen. Wenn man bedenkt, daß diese armjeligen geistigen Riesen, diese aufgeblähten Rullen, diese Hitler, Ludendorff, Röhm und Kriebel, deren Verstand und Verantwortlichkeitsgefühl im umgekehrten Verhältnis zu ihren großschauigen Tiraden steht, — daß also diese Deutschen es fast bewirkt haben, Deutschland in einen blutigen Bürgerkrieg zu heben und es dadurch noch mehr als bisher seinen bössartigen Feinden ans Messer zu liefern, nimmt man erst recht die Gefahren wahr, in die es diese Ritter vom Sakentkruz geführt hätten. Die Verhandlungen des Münchener Prozesses verdienen darum die gespannteste Aufmerksamkeit, denn sie zeigen das niedrige Treiben, das sich hinter der von den Hitler und Ludendorff vorgeschalteten Maske des Nationalismus verbirgt. Es war das Treiben einer Offiziersfronde, die in Verbindung mit verbrecherischen Dilettanten in der Politik das Letzte zerstören wollte, was Deutschland besitzt, seine Einheit! Jynisch und frech hatte das Geschicht das neuerbaute Gebäude der Deutschen Republik in die Luft sprengen wollen, ohne in seiner Gewissenlosigkeit zu bedenken, daß „Deutschlands Erneuerung“ mit dem Gewehrkolben durchzuführen zu wollen, nur neues Blutergießen, neues Chaos und Stärkung der Feinde des Landes zur Folge gehabt hätte.

Die Angeklagten in dem Münchener Prozesse sind des Hochverrats angeklagt. Bei ihrer Verteidigung suchen sie in zweifacher Hinsicht Eindruck zu machen: sie behaupten, bei ihren Putschabsichten von reinster Vaterlandsliebe geleitet worden zu sein, und weiters verantworten sie sich dahin, daß sie nicht die allein Schuldigen sind, daß sie gar nicht das Bewußtsein einer strafwürdigen Tat haben, denn Rahr und Lössow, die Männer der bairischen Regierung seien mit ihnen zuerst eines Sinnes gewesen, hätten von den Zielen und Vorbereitungen des Putsches wochen- und monatelang vorher gewußt, sie ausgeführt und hätten mitgemacht bis zu dem Augenblick, da sie es mit der Angst zu tun bekommen, weil sie den Putsch nicht für genug ausichtsreich hielten, — dennoch läßen die Rahr und Lössow nicht mit auf der Anklagebank! Welche Verwirrung der Begriffe und Vorstellungen! Vaterlandsliebe soll die Entschuldigung dafür sein, daß die Hitler und Ludendorff die Höllemaschine in die Fundamente des Reiches leiten. Wie lange noch werden die nationalistischen Kalorideure ihre Wahnsinnstuden durch die Redensart zu entschuldigen suchen, diese seien nur der Liebe zu ihrem unglücklichen Lande entsprungen? Begreifen diese Gahnprediger nicht, daß wahre Vaterlandsliebe, die nicht von den eigensüchtigen Machtabsichten der nationalistischen Visklassen geleitet ist, ganz andere Pflichten gegen das Vaterland hat, als die, es in der Zeit der schwersten Not zu erschüttern? Was kann das deutsche Volk aus Glend und Erniedrigung wieder emporheben? Doch nicht das großtuerische Säbelkrachen eines Wehrlosen, wie es das deutsche Volk ist, sondern Opferbereitschaft, Arbeit und zähes Aufwärtstreben mit den materiellen und geistigen Mitteln, die ihm verblieben sind! Es ist ein Kinderspiel, mit Kraftsphaeren gegen die Unstimmigkeit und Brutalität der französischen Politik loszudonnern, aber welcher Vollstunne wird glauben, daß Kraftmeierei und hysterischer Kult des Hasses

Lössow als Belastungszeuge.

Der kommandierende General führt die Reichs-Umstürzler an. — Ein Direktorium sollte (ohne Putsch!) auf kaltem Wege errichtet werden. — Lössow wegen Hochverrats in Untersuchung. — Morgen Rahr's Einvernahme.

München, 10. März. (Eigenbericht.) Der heutige Tag im Hitlerprozeß bringt den ersten scharfen Vorstoß gegen die Angeklagten und gegen die Verteidigung durch den zur Vernehmung kommenden General von Lössow.

Lössow, dessen Vernehmung den ganzen Vor- und Nachmittag ausfüllte, spricht in stundenlangem, freier und offenbar sehr klug durchdachter Rede, in der er sich scharf und deutlich gegen Ludendorff und Hitler wendet. Lössow schilderte seinen politischen Werdegang und die Entwicklung der Ereignisse in Bayern in dem Sinne, daß er gemeinsam mit Rahr und Seifner für die Errichtung eines

Direktoriums für das ganze Reich

eingetreten sei. Sie hätten niemals daran gedacht, ein solches Direktorium auf verfassungswidrigen Wege durch einen Putsch zu erreichen, sondern vielmehr an die Einsetzung eines Reichsdirektoriums mit Hilfe des Paragraphen 48 gedacht. Ueber die Besetzung dieses Direktoriums hätten zahllose Verhandlungen in Bayern und auch mit Männern aus dem Norden stattgefunden. Ihre eigene Rolle hätten Rahr und Lössow jeberzeit nur als eine solche angesehen, daß sie von Bayern aus durch die Nachmittage, die ihnen zur Verfügung stünden, einen Druck auf den Norden ausüben könnten. Da sich die impotenten Koalitionsregierungen und der Reichstag zur Lösung der deutschen Schwierigkeiten als unfähig erwiesen hätten, hätten sie durch ein solches Direktorium entweder beseitigt oder an

die Seite gestellt werden müssen. Rahr und Lössow hätten aber in keinem Augenblick Hitler und Ludendorff darüber im unklaren gelassen, daß sie ein selbständiges, isoliertes und putschartiges Vorgehen Hitlers, Ludendorffs und ihrer Freunde „unter keinen Umständen“ mitmachen würden. Noch wenige Tage vor dem Putsch hätten Lössow und Rahr eine deutliche Absage an die Adresse Hitlers und Ludendorffs gerichtet.

Die Szene im Bürgerbräukeller

Bei der Folge der Tatsache gewesen, daß Hitler gewünscht habe, daß er bei seinem Vorgehen auf die Unterstützung Lössows und Rahr's nicht rechnen könne. Die Einzelheiten der Vorbereitungen, die auch Rahr und Lössow für eine politische Aenderung in Deutschland getroffen hätten, insbesondere die Einzelheiten der bekannten Konferenz vom 24. Oktober und der Vorbereitungen vom 6. November, zwei Tage vor dem Putsch, werden in geheimer Sitzung beraten.

Hitler erklärte am Ende der vielstündigen Vernehmung Lössows, daß die Äußerungen im vollen Umfange falsch seien und von ihm und der Verteidigung im Laufe der weiteren Zeugenvernehmung widerlegt werden würden.

Morgen früh beginnt die Vernehmung Rahr's. Bezeichnender Weise wurde Lössow nicht verurteilt, weil nach den Mitteilungen des Vorsitzenden auch gegen ihn ein Verfahren wegen Hochverrat eingeleitet ist.

Der Vorwand zur Reichstagsauflösung gelunden

Berlin, 10. März. (Eigenbericht.) Die Reichsregierung scheint nach den heutigen Mitteilungen aus dem Reichstag nun doch endlich entschlossen zu sein, die Auflösung des Reichstages so vorzunehmen, daß die Neuwahlen am 11. Mai stattfinden können. Die Mittelparteien sollen beabsichtigen, bei Beendigung der Beratung über die Abänderungsanträge zu den Verordnungen der

Regierung den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung zu stellen. Die Ablehnung eines solchen Antrages, die mit Hilfe einer Mehrheit aus Deutschnationalen, Kommunisten und Sozialdemokraten als sicher gilt, würde Gelegenheit geben, die Auflösung des Reichstages vorzunehmen. Der Reichskanzler Dr. Marx hat heute in einer Besprechung mit den Fraktionsführern sich dahin geäußert, daß er am 11. Mai als Wahltermin festhalte.

Der Stinnes-Konzern. *)

Der Stinneskonzern gliedert sich in zwei Gebilde: in die Siemens-Rhein-Elbe-Schudert-Union und die Hugo Stinnes & m. b. H. Beide Gruppen reichen vom Rohstoff bis zur letzten Verfeinerung des Materials. In der Siemens-Rhein-Elbe-Schudert-Union sind 47 Hauptproduktionsgruppen vereinigt, die wiederum eine große Zahl der verschiedensten Anlagen, Holding- und Finanzierungsgesellschaften und Beteiligungen umfassen. Es umfaßt die Elektrische Licht- und Kraftanlagen-Aktiengesellschaft Berlin 22, die kontinentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, Nürnberg 9, die Schweizer Gesellschaft für elektrische Industrie, Glarus 9, Siemens Elektrische Werke A. G. Hamburg 9, die Rheinische Elektrizitäts-A. G. Mannheim 22 Gesellschaften. Die Produktionsgemeinschaften der Siemens-Rhein-Elbe-Schudert-Union besitzen ein Aktienkapital von Millionen Mark:

Deutsche Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A. G. Bochum	250.0
Bochumer Verein für Bergbau Bochum	80
Gelsenkirchener Bergwerks-A. G. Gelsenkirchen	318
Siemens u. Halske A. G. Berlin	290
Siemens Schudert Werke A. G. Berlin	90
Ösramwerke Berlin	120
Elektrizitäts-A. G. Nürnberg	140
Kontinentale Gesellschaft für Unternehmungen Nürnberg	34
Electra Dresden	300.0
Rhein-Elect. A. G. Mannheim	283
Elect. Licht- u. Kraftanlagen Berlin	305
Siemens elektr. Betrieb Hamburg	10

Interessant ist es, den Verbindungen des Hugo Stinnes-Konzerns bis zu den letzten Ausläufern nachzugehen. Der Besitz des genannten Konzerns im Zellulose-, Buch- und Zeitungs-gewerbe zeigt eine äußerst beachtenswerte Erscheinung. Die Elbe-Papier-Mühlen, Osterfeld, die zur Gänze von Stinnes beherrscht werden, besitzen an Zeitungen: Das Wiener Extrablatt, die Wiener Mittagszeitung, die Wiener Allgemeine Zeitung.

*) Siehe die Artikel „Nichtkonzern und Kapitalmacht“ und „Deutsche Niesenkonzern“ in den Ausgaben dieses Blattes vom 20. Feber und 1. März.

den Weg zur Freiheit des deutschen Volkes bilden können! Man braucht wahrhaftig nicht täglich seine Liebe zum deutschen Volke sich durch großmäulige Reden zu beteuern, um an seinem Aufstieg und an der wirklichen Erneuerung seiner Heimat zu arbeiten. Den Monopolisten der nationalen Gesinnung dient, wie der Münchener Prozeß offenbart, die Vaterlandsliebe nur als Tarnmantel ihrer sittlichen Schwäche, ihres vaterlandszerstörenden Treibens und ihrer verbrecherischen Eitelkeiten.

Und erst die zweite Ausrede der angeklagten Putschisten! Es ist gewiß heute schon durch den Prozeß bewiesen, daß der Generalstaatskommissar Rahr durchaus gewillt war, den Hitler-Ludendorff-Putsch mitzumachen, aber vermag dies den Schwerpunkt der Verhandlung zu verschieben und die Angeklagten irgendwie zu rechtfertigen? Rahr's Mitschuld liegt klar zutage und es ist wahr, daß Hitler und seine Garde niemals zu einer Gefahr hätten werden können, wenn Bayern nicht Heimat und Zufluchtsort aller Kradler gegen die Republik und aller politischen Bankrotteure gewesen wäre. Wer immer seit Jahren in Deutschland im Kampfe gegen die republikanische Staatsform und gegen die führenden Männer der Republik ein Verbrechen verübte, in München fand er eine gastliche Herberge, hier durften die Verschwörer ungestört und ungestraft ihre Ränke weiter schmieden, hier fanden sie das Asyl, das sie, auch wenn sie stückweise verfolgt wurden, vor der Ahndung ihrer Taten schützte. Aber sind darum die Hitler und Ludendorff geringere Verbrecher, weil die bairische Staatsautorität mit ihnen, den Rebellen, paktierte und weil sie hier in dieser Ordnungsgellose der Staatsverbrecher ihre verderblichen Umtriebe jantioniert sahen? Sind die einen

des Hochverrates weniger schuldig, weil auch andere, die durch Bruch der Verfassung an die Spitze des bairischen Staates sich gestellt hatten, ebenfalls fanatische Hasler der republikanischen Idee waren? Es ist gewiß kein erbaulicher Anblick, wenn der Zuhälter zum Ankläger der Dirne wird, doch die Dirne erscheint darum noch nicht als das Muster aller Tugenden, weil sie von ihrem Buhlen insam betrogen und der Polizei ausgeliefert wurde. Die Angeklagten glauben mit der Berufung darauf, daß sie die betrogenen Betrüger waren, eine gute Figur zu machen und sie merken nicht, daß es nur die Rolle der dummen Kerle ist, in der sie sich selber gefallen.

Und wie ist es um die moralische und geistige Eignung der Angeklagten bestellt? Jeder Satz ihrer Verteidigung ist dafür ein treffendes Beispiel. Aus jedem Worte spricht der wirklichkeitsfremde Mauth billiger nationalistischer Verjammungsphrasen, romantisch vertiegener Abenteuererlust, blinder Haß und Unkenntnis aller wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge. Das redet von Marxismus und hat doch kaum eine hoffnungslose Vorstellung von dem ökonomischen und politischen System, das der Lehre von Karl Marx zu Grunde liegt! Das maßte sich an, das Schicksal des deutschen Volkes zu wenden, und nichts lebt hinter seinen Kraftworten als unklare und unreife politische Vorstellungen! Selbst die elementarsten Voraussetzungen der Politik und Wirtschaft sind ihnen fremd, noch fremder die leidenschaftslose Beurteilung der Dinge und ihrer Ursachen. Nach Hitler sind die Juden für alles Unheil in der Welt verantwortlich, nach Ludendorff, dem „größten General des deutschen Volkes“, die Juden und die Kerlkalen, wohingegen ein Dritter wieder alle

Schulden und Lasten auf die Freimaurer schiebt. Ein General Ludendorff entschledet sich nicht, sich auf das kindliche Pamphlet der „Weisen von Zion“ zu berufen und das kerifale Zentrum ebenso wie den Marxismus für den verlorenen Krieg verantwortlich zu machen, eine geschichtliche Lüge, der er, nebenbei bemerkt, in seinen eigenen Memoiren widerspricht. Am prächtigsten ist wohl die Verantwortung des Angeklagten Kriebel, der einbekennt, weder die Weimarer noch die bairische Verfassung zu kennen, aber gegen sie gewesen zu sein, weil eben alles in seiner Umgebung gegen sie war.

Noch hat man im Prozesse die Gegenseite, vor allem Rahr, nicht gehört, dennoch ist schon durch das, was bis jetzt der Prozeß aczeitigt hat, der völlige Trubel bis ins Mark hinein kompromittiert. Nicht einer ist unter den Schuldigen am Münchener Novemberputsch, der einen positiven, greifbaren Gedanken äußern könnte, der die Dinge anders als in ärgster Geschichtsverzerrung sehen würde und der für das, von den Putschisten gesteckte Ziel, die Erneuerung Deutschlands, auch nur ein Quentchen des nötigen Ernstes und des erforderlichen Verständnisses für diese hehre Aufgabe besäße. Hinter der Maske des Nationalismus, die der Prozeß den Akteuren der bairischen Bierkellerrevolution vom Gesichte reißt, verbirgt sich die Eignung, die Selbstgefälligkeit und die heillose Torheit einiger Tölpel, die, weil sie in der gegenfeitigen Beivehräuberung sich einredeten, Napoleone zu sein, die schwarz-weiß-rote Fahne über den Rhein tragen wollten, deren Kenntnisse und Verstand aber kaum ausreichten, um kleine Tambours unter Napoleon zu sein. Das Münchener nationalistische Handwurstschauspiel ist widersich, aber lehrreich!

die Wiener Sonn- und Montagszeitung, zwei illustrierte Wochenzeitungen, das Deutsche Volksblatt Wien, die Wiener Deutsche Tageszeitung, die Pester Zeitung und Deutsche Warte, Berlin. Durch den Besitz der norddeutschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt A. G., Berlin, ist Stinnes gleichzeitig Besitzer der Deutschen Allgemeinen Zeitung. Er ist weiters Besitzer der Buchdruckerei V. Lurzenstein, Berlin, der Vera-Verlagsanstalt, Berlin, der Allgemeinen Verlagsdruckerei, Berlin, der Verlagsbuchhandlung Reimar Hobling, Berlin, der russischen Zigaretten- und noch mehrerer Druckereien, Verlags- und Verlagsanstalten. In seinen Verlagen erscheinen: Reichsarbeitsblatt, Wirtschaft und Statistik, Bücher des Arbeitsrechts, Frankfurter Nachrichten, Badische Post, Fuldaer Zeitung, Stinnes hat sich auch Einfluss in das Schweizer Zeitungswesen verschafft.

Ein Weltreisender, mag er nun in welcher immer halbwegs bedeutende Stadt irgend eines Landes kommen, wird er auch Unternehmungen, Vertriebsanstalten, Verkaufsbüros, des Stinnes-Konzerns treffen. Einige der Städte seien angeführt: Baku, Petrosburg, Madrid, Lissabon, Sevilla, Wien, Brüssel, Christiania, Buenos-Aires, Kopenhagen, Stockholm, Valparaiso, Turin, New York, Mailand, Rom, Genua, Zürich, Sankt Petersburg, Amsterdam, Neapel, Bukarest, Johannesburg, Kapstadt, Igram, Budapest, Leds, Warschau, Lublin, Aleppo (Palästina), Alexandrien, Belgrad, Kairo, Paris, Konstantinopel, Rio de Janeiro, Mexiko, Cernowitz, Smyrna, Sofia, Malmo, Colombo (Ceylon), Singapur, Lemberg, London, Peking, Tientsin, Tokio, Bogen, Triest, Laibach, Sarajewo. In Oesterreich: Innsbruck, Alagna, Linz, Salzburg. In der Tschechoslowakei: Kaschau, Mährisch-Odrau, Pilsen, Reichenberg, Rumburg, Teplitz, Troppau, Prag, Bratislava, Brünn, Karlsbad. Insgesamt sind die beiden Stinnes-Konzerne im Ausland mit 351 Unternehmungen, Beteiligungen, Filialen und Vertretungen zu finden.

Die Stinnes-Rhein-Elbe-Schulder-Union verfügt über: a) Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten A. G. Bochum mit einem Gesamtkapital von 737.152.000 Reichsmark, 46 Kohlenzechen, 37 Erzgruben, Erzfeldern und Gesteinswerken und 10 Arbeitskolonien. Weiters ist diese Bergwerksgesellschaft an 11 Steinkohlenbergwerken und Gesteinswerken beteiligt. b) Gelsenkirchener Bergwerks-A. G. Gelsenkirchen. Gesamtkapital 438.136.000 Reichsmark, 31 Kohlenzechen und Gesteinswerken, neun Erzgruben und Felder, ferner Erzgruben in Süd-Rußland und im Uralgebirge, 11 Beamten- und Arbeitskolonien, Industrie- und Haushaltungsschulen, Bibliotheken und Leshallen, Schachtwirksamkeiten, Gesellschaftshaus mit Park. c) Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation Bochum, mit einem Gesamtkapital von 260.582.000 Mark, 5 Kohlenzechen, 8 Erzgruben und Felder, zwei davon in Schweden, 7 Gutsböfe, 1598 Wohnhäuser, 10 Konsumanstalten, 2 Gastwirtschaften. d) Siemens u. Halske A. G. Berlin, Gesamtkapital 433.270.000 Mark. e) Elektrizitäts-A. G. vorm. Schuckert u. Co., Nürnberg, Gesamtkapital 195.533.000 Mark, zwei elektrische Kleinbahnen. f) Siemens-Schuckertwerk G. m. b. H. Berlin-Nürnberg, Gesamtkapital 426.306.000 Mark. g) Siemens-Elektrische Betriebe A. G. Hamburg, Gesamtkapital 150.929.000 Mark. h) Schweizer Gesellschaft für elektrische In-

dustrie Glarus, 64.000.000 Franken, i) Elektrische Licht- und Kraftanlagen A. G. Berlin, Gesamtkapital 423.815.886 Mark. Diese Berliner A. G. ist beteiligt bei den elektrischen Hoch- und Untergrundbahnen: Berlin, Schöneberg, Charlottenburg, Lichtenberg, Dohlen, Wilmersdorf, den Straßenbahnen in Kassel, Niederrhein, Bettenhausen, Wehlheiden, Kirchdimmold, Rotherndimmold, Landsberg, Straßburg, Göttingen, Charlottenburg, Friedland, Töben, Konstantinopel, Brüssel. k) Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen Nürnberg, Gesamtkapital 49.594.000 Mark, beteiligt an Klein- und Straßenbahnen in Elberfeld-Langenburg, Steele, Hattungen, Wonsdorf, Nebiges, Weibert, Werden, Hellingen, Haus, Barmen, Wener Lokalbahn, Barcelona. l) Rheinisch-Elektrizitäts-A. G. Mannheim Gesamtkapital 536.046.000 Mark, beteiligt bei den Eisenbahn A. G. Mühlheim und Darmstadt. m) Elektra A. G. Dresden, Gesamtkapital 1.464.517.000 Mark. n) Bergmann Elektrizitätswerke A. G. Berlin, Gesamtkapital 411.069.000 Mark. Beteiligt bei den böhmisch-mährischen elektrotechnischen Werken Fr. Krizik mit 4.500.000 Kronen.

Der Stinnes'sche Privat-Konzern. a) Besitz und Beteiligungen an Kohlenbergwerken in Carnay, Mühlheim, Vottrup, Barbed, Hochmünster, A. G. Halle. Besitz und Beteiligung an Unternehmungen in Ammendorf, Zeitz, Ludenau, Geomisch, Deuben, Oertröblingen, Weissenfels, Stuttgart, Mannheim, Hamburg, Frankfurt, Dortmund und Rotterdam, Comodoro Rivadavia (Argentinien), Mexiko, Breslau, Ludwigshafen, München. Dieser Konzern besitzt ferner: Rathaus-Hotel und Hotel Hamburger Hof Hamburg, Kuranlagen Travemünde, Esplanade-Hotel Berlin, Fürstentum und Carlton-Hotel Frankfurt a. M. Ferner Rittergüter in Bernsdorf, Jöhnen, Viehain, Kalkwasser, Klein-Krauscha, Nidel, Weiskelke, Burckow, Na-Herrspod (Schweden), Zimpele u. Jauer; Wälder für Grubenholz und Papierbedarf in Dänemark; Waldkonzessionen in Rußland; Ländereien in Argentinien. An Schiffsahrtslinien: Hamburg-Südamerika-Linie, Hamburg-Ostasien-Linie, Hamburg-Westasien-Linie. Mehr als 18 Passagier- und Frachtdampfer. Seeringfischerei in Bremen, Zuckersabrik in Rombach (Mähren). Weiters besitzt der Konzern viele Oelfabriken und Oelmühlen, Holz-, Kohlen- und Eisenhandlungen, Ziegeleien, Terrängeschäfte, Handel- und Transportgesellschaften, Zellstoff- und chemische Fabriken, Automobilwerke, Kupfer- und Stahl-Werkzeuge, Schiffsversteher, Elektrizitätswerke, Hochöfen, Tankanlagen und Tankschiffe. c) Oesterreich-Alpine-Montana-Gesellschaft, Gesamtkapital 600.304.043. Beteiligt ist der Stinnes-Konzern am Rheinisch-Westfälischen E. W. Essen, Gesamtkapital 744.780.863 Mark. Diese Gesellschaft betreibt rund 100 Klein- und Straßenbahnen und besitzt große Kraft- und Elektrizitätsanlagen und eine große Anzahl Kohlenzechen.

In den beiden unter Stinnes stehenden Konzernen werden erzeugt, bezw. gefördert: Kohlen, Holz, Zement, Nebenprodukte, Erze, Kalstein, Kalk, Weiskelke, Oelstein, Maschinenbau, Kalkstein, Zugschrauben, Radiostrom, Kupferrohre, Abflusrohre, Hapsel, Schlackesteine, Schlackenwolle, Hochofenmetalle, Röhren, vollständige Röhrenleitungen, aus Blech geschweißte Röhren, Stahlfasern, Hufeisen, Halbzeug, Schienen, Fasson-eisen, Bandstahl, Feinblech, Kohlengroßhandlung,

Schiffahrt, Handel mit Eisen, Güttenerzeugnissen, Jochbedarf, Dolomit, Stahl, Edelfahl, Stahlformung, Schmiedestücke, Halbzeug, Eisenbahn-oberbaumaterial, Formeisen, Stabeisen, Universal-eisen, Spundwandstahl, Werkzeuge, Schienenhölzer, Schrauben, Muttern, Federn, Ketten, Förderförder-schienen-Geschirre, Beschlagteile und Schmiedestücke, Radfahre, Weichen, Zahnstangenbahnen, Brücken, Eisenbauten, Krane, Eisenbahn- und Straßenbahnwagen, Hebelblech- und Profilleisen-schienen, Untervasserschleppapparate, Demag-Union-Pfahlstücken, Schlackensteine, Thomaschlacken-mehl, Eisenguß bis zu 100 Tonnen Stückgewicht, Stahlguß, Temper- und Temperstahlguß, Gruben- und Kleinbahnwagen, Bergwerks- und Hüttenmaschinen, Hüttenwerkzeuge, Walzdraht, Draht- und Formertüte, Runddraht, Flachdraht, Drahtseile, Werkzeugmaschinen, Speicherdraht, Ovaldraht, Nistdraht, Profildrähte, Edelfahl, Beschlagteile, Gabeln, Spezialstahlfeder, Stahldraht, Drehschneidmaschinen, Förder-, Koks- und Trichterwagen, Stanz- und Pressen, Aluminium, Kupfer, Bronze und Messingergzeugnisse, Münzmaterial, Elektrolytkupfer, Kupferwulfat, gezogener Draht, blank gebläht, verzinkt und verzinkt in Ringen und Stangen, kaltgewalztes Band-eisen in Ringen und Stangen, Spezial-Walzdraht-Stabeisen, Bricketierung von Eisen- und Stahl-spänen, vollendetes Eisenbahnmaterial, Automobi-l-, Motoren- und Maschinenteile, Weichen, Wagen, Gloden, feuerfestes Material, Schlacken-verband, Ziegelfeste, Quarzit, Ton, Goldwägen, Meßinstrumente, elektrische für Schaltanlagen, Laboratorium und Montage, Eich- und Laboratoriumeinrichtungen, Meßwandler, Registrier-apparate, Zähler- und Ankerprüfeinrichtungen, Regulierwiderstände, Experimentieranlagen, Tem-peratur-Meßgeräte, Elektrische Fernthermometer, Dynamometer, optische Pyrometer, Fernthermometer, Kanülen, Vakuum-Ankathoden für Röntgen-röhren, Telegraphen-Apparate, Fernsprechanlagen und Einrichtungen für Haus-, Stadt- und Fern-verkehr, Signalapparate aller Art, Feuermelde-anlagen der verschiedensten Systeme für indu-strielle Betriebe und für Orte jeder Größe, elek-trische Anlagen für Städte, Bahnhöfe, Fabriken, Warenhäuser usw., Wassermesser für alle Verwendungsgebiete bis zu den größten Abmes-sungen, Kabel- und Kabelgarnituren, elektrotech-nische Anlagen, selbsttätige und nicht selbsttätige Motoren, elektrische und mechanische Weichen- und Signalfeldwerke, Verbrennungsmotoren für ortsfeste und bewegliche Kraftquellen, magnetele-ktische Zündapparate, Kohlenstäbe ohne und mit Leuchtzusätzen für Bogenlampen, Turbogenerato-ren, Generatoren und Motoren für Gleichstrom- und Wechselstrom, Benzin-Kraftwagen, Personen-lieferungswagen und Kranken-Automobile, Raumheizkörper der verschiedensten Systeme, Groß- und Kleinkücheneinrichtungen, Apparate für gewerbliche und industrielle Zwecke, Elektrische Beheizung von Werkzeugen und Maschinen, Por-zellansteile für die Elektrotechnik, Kabel- und Isolationspapiere, Schreibpapiere, Alttendel, Holzwohle.

Angeht es einer derartigen Kapitalkonzentration, wie sie hier und in den zwei vorhergehenden Artikeln dargestellt sind, muß der Arbeiter-schaft zum Bewußtsein kommen, über welche Kräfte der Kapitalismus in der Wirtschaft ver-

fügt. Die Arbeiterschaft muß sich dann auch klar darüber werden, daß jede politische Revolution unvollkommen sein und bleiben wird, solange es nicht gelingt, die wirtschaftliche Macht der besitzenden Klasse zu brechen. Die Arbeiterschaft kann sehr viel lernen, wenn sie ihre Blinde in die Welt der modernen Großindustrie richtet, wenn sie beobachtet, wie die Industriekönige das Spiel geben, wie zersplitterte Kräfte organisa-torisch zusammengeführt werden. Derartige Probleme wären vom Stand-punkt der Volkswirtschaft allein schon von größ-ter Wichtigkeit; für die Arbeiter kommen jedoch auch noch andere, mindestens ebenso wichtige Fragen in Betracht, so daß tatsächlich alles daran gesetzt werden müßte, um für jeden ein klares Bild und dann wirksames Entgegenwirken zu schaffen. Der einseitigen überwindenden Klassenherren-schaft der kapitalistischen Gesellschaftsform einen Damm entgegenzusetzen und die Interessen der arbeitenden Volksmasse zur Geltung zu bringen, das muß die wichtigste Aufgabe der nächsten Zukunft sein.

Wer Augen hat zu sehen, der sehe! Wer sich die Gestaltung der wirtschaftlichen Machtverhält-nisse anschaut und dabei nur ein klein wenig denkt, muß in die Reihen jener eintreten, die diese ungeheure Machtfrage zu beseitigen suchen. Ange-sichts der Kapitalkonzentration, der alle Zweige der Produktion des In- und Auslandes beherr-schenden und umfassenden Konzernne, müßte eigentlich jeder Arbeiter zu dem Erkenntnis gelang-en, daß auch seine Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft unerläßlich ist.

Inland.

„Es wird weiter verhaftet.“

Der gegenwärtige Stand der Untersuchung wird von den „Narodni Listy“ wie folgt charak-terisiert: Es wird weiter untersucht und verhaftet.

Da das Netz, in dem sich die Mitschuldigen verfangen haben, noch nicht zusammengezogen ist und täglich neue Verhöre, beziehungsweise Ver-haftungen vorgenommen werden, kann man über die Affäre kein vollständiges Bild geben. Es wurde auch die Person verhaftet, welche von Kapitän Boubela den Schlüssel zum Tresor, wo sich die Geldbeträge befinden, erhalten hat und ferner festgestellt, daß elf Offiziere, welche früher in den einzelnen Abteilungen militärischer Verpflegsanstalten, die mit Benzin arbeiten, ange-stellt waren, nacheinander aus dem Militärdienst ausgetreten und in die Dienste von Privat-firmen, die mit Benzin und anderen Artikeln handeln, die das Militär benötigt, eingetreten sind. Diese Enthüllung wird zu weiteren Vor-sichtsmassnahmen führen und insbesondere wird der Eintritt in das Gebäude des Lan-desverteidigungsministeriums erschwert werden. Die Untersuchung erweist, daß Benoni für die Bestechungsgelder, die er ver-teilte, stets vorher schon die Bewilligung der Direktion der „Naphthagesell-schaft“ hatte und daß auch die „Legobau“ hiebei mitwirkte, weil gerade die Direktoren dieser Bank in der Naphthagesellschaft maßgebend sind. Man spricht davon, daß auch in der Legobau und in der Direktion der Naphthagesellschaft Ver-haftungen der verantwortlichen Personen vor-genommen werden sollen, es scheint aber, daß sich einflußreiche Unbekannte gegen die Ver-haftungen aussprechen. Mit beiden Maßnahmen wird man nicht das öffentliche Leben reinigen.

Überall wo es Affären gibt, gibt es auch tschechische Nationalsozialisten. „Narodni

Der Umzug.

Von Anatole France.

Da der Umzugstermin gekommen war, ver-ließ Herr Bergeret mit seiner Schwester das alte, verfallene Haus in der Rue de Seine, um sich in einer modernen Wohnung in der Rue Van-girard niederzulassen; denn so hatten Zoe und das Schicksal es beschlossen. Während der langen Umzugsstunden irrte Riquet traurig durch die verödeten Räume. In seinen liebsten Gewohn-heiten sah er sich gestört. — Unbekannte, schlecht-geliederte, lärmende, grobe Leute schreckten ihn aus seiner Ruhe auf. Sie kamen bis in die Küche und stießen mit den Füßen gegen seinen Breiteller und Wassernapf. Und immer wieder zogen sie die Teppiche und Stühle unsanft unter seinem armen Hintertuch fort, so daß er schließ-lich nicht mehr wußte, wo er sich in seinem eigen-nen Hause niederlassen sollte.

Wir wollen zu seiner Ehre sagen, daß er zu-erst einen Widerstand versuchte. Als man den Springbrunnen forttrug, hatte er den Feind wütend angebellt. Aber niemand war auf sein Rufen gekommen. Er sah, man ermunigte ihn nicht; im Gegenteil, es unterlag keinem Zweifel, er war der Beschlagene. Fräulein Zoe hatte ihm kurz zugerufen: „Schweig!“ und Pauline hatte gesagt: „Riquet, du machst dich ja lächerlich.“

Daher verzichtete er darauf, unnütze War-nungen laut werden zu lassen und allein für das allgemeine Wohl zu kämpfen. Er bestieg im stillen den Ruin des Hauses und suchte beoblich von Zimmer zu Zimmer nach ein bißchen Ruhe. Wenn die Umzugsklute in die Stube kamen, in die er sich geflüchtet hatte, verdeckte er sich vor-sichtshalber unter einen Tisch oder eine Kommode, die noch da standen. Aber das schädete ihn mehr als das, was es ihm nützte, denn alsbald fing das Möbel über ihm an zu wackeln, hob sich, fiel wieder auf ihn zurück und drohte, ihn zu er-drücken. Mit stierem Blick und gestäubten Haaren

nahm er Reißaus und floh in ein anderes Ver-steck, wo es ihm nicht besser erging als das erstemal.

Aber diese Unbequemlichkeiten, ja selbst Ge-fahren, waren nichts im Vergleich mit den Qualen, die sein Herz erlitt. In ihm war das Zitterlebensgefühl, wie man sagt, am schwersten verlegt.

Die Möbel der Wohnung waren für ihn nicht tote Dinge, sondern lebende wohlwollende Wesen, gute Genien, deren Fortgang schweres Unheil verkündete. Teller, Zuckerdosen, Herd und Töpfe, alle die Gottheiten der Küche, Stühle, Teppiche, Kissen, alle die Feilsche der Wohnräume, seine Laren, seine Hausgötter, waren fort. Er glaubte, daß ein so furchtbares Unglück niemals wieder gutzumachen sei.

Das erfüllte ihn mit einem so gewaltigen Kummer, wie ihn keine kleine Seele nur zu fassen vermochte. Glücklicherweise aber war sie gleich der menschlichen Seele leicht zu zerstreuen und bereit, alles Uebel zu vergessen.

Während der langen Abwesenheit der Um-zugsklute, da der Besen der alten Angelika den alten Staub aus den Winkeln lehrte, spürte Riquet den Geruch einer Maus, verflocht er die Spur einer Spinne, und seine Gedanken fanden darin eine Zerstreung. Aber bald verfiel er wieder in seine große Traurigkeit.

Als er am Auszugstage sah, daß die Dinge sich immer mehr verschlimmerten, geriet er in Verzweiflung. Ganz besonders schaurig kam es ihm vor, daß man die Wäsche in dunkle Kisten packte. Pauline legte ihre Kleider mit froher Hast in einen Koffer, und Riquet wandte sich von ihr ab, als begehe sie eine unrechte Handlung. Er konzentrierte sich in einen Winkel und dachte — das ist das Schlimmste von alledem!

Sei es nun, daß er glaubte, die Dinge hör-ten auf zu sein, wenn er sie nicht mehr sehen konnte, sei es, daß er nur einen peinlichen An-blick vermeiden wollte, er blinzelte absichtlich nicht nach der Stelle hin, wo Pauline war. Zufällig bemerkte sie beim Hin- und Hergehen Riquets

Stellung. Die war köstlich genug, aber Pauline fand sie komisch und fing an zu lachen. Und lachend rief sie: „Komm, Riquet, komm!“ Aber er rißte sich nicht und wandte nicht einmal den Kopf. Ihm war in diesem Augenblick nicht danach zumute, seine junge Herrin zu lieblos, und in geheimem Instinkt, aus einer Art böser Ahnung heraus, hatte er Furcht, sich dem gähnenden Koffer zu nähern. Mehrere Male rief sie ihn, und als er nicht kam, nahm sie ihn auf den Arm.

— „U je“, sagte sie, „wie unglücklich ist er! Wie muß man ihn bedauern!“

Das sagte sie ironisch. Aber Riquet verstand keine Ironie. Er lag teilnahmslos und tot in Paulines Arm, und tat, als sähe und höre er nichts.

„Riquet, schau mich an!“

Dreimal kam die Mahnung, aber dreimal vergebens.

Da simulierte Pauline einen heftigen Zorn, und mit den Worten „Verschwinde, dummes Tier“ warf sie Riquet in den Koffer und klappte den Deckel zu.

Da ihre Taute sie gerade in diesem Augen-blick rief, ging sie aus dem Zimmer und ließ Riquet im Koffer.

Er war sehr in Sorge und, weil davon ent-sernt, zu vernunten, daß er nur aus Spielerei und zum Spaß in den Koffer gesperrt sei, be-mühte er sich, die ohnehin schon recht satole Situation nicht noch zu verschlimmern. So verhielt er sich einige Augenblicke ganz ruhungslos und wagte nicht zu atmen. Dann erschien es ihm nützlich, sein finsternes Gefängnis zu er-forschen.

Er betastete mit seinen Pfoten die Unter-röcke und Hemden, auf die man ihn in so er-bärmlicher Weise geworfen hatte und suchte nach einem Ausgang aus dem verhängnisvollen Ort. Er machte sich schon seit zwei oder drei Minuten damit zu schaffen, als Herr Bergeret, zum Aus-gehen gerüstet, ins Zimmer trat und rief:

„Komm, Riquet, komm! Wir wollen am

Kai spazieren gehen. Dort ist die wahre Ruhmes-stätte. Man hat da einen Bahnhof gebaut von ge-radezu erhebener Höhe und auffallender Häßlichkeit. Die Architektur ist eine verloren ge-gangene Kunst. Man demoliert das Haus an der Ecke der Rue de Bac, das so gut ausah. Natürlich wird man dafür irgendeinen häßlichen Neubau hinsetzen. Wenn die Architekten doch wenigstens nicht an unserem Quai d'Orsay den barbarischen Stil einführen wollten, von dem sie auf den Champs Elysees an der Ecke der Rue de Washing-ton ein so fürchterliches Beispiel gegeben haben. Wir wollen am Kai spazieren gehen. Dort ist die wahre Ruhmesstätte. Aber die Architektur ist sehr heruntergekommen seit Gabriel und Louis. . . Wo ist der Hund? . . . Riquet! Riquet!“

Herr Bergerets Stimme war ein großer Trost für Riquet. Er antwortete, indem er mit seinen Pfoten wie toll gegen die Seitenwände des Weidenkorbes kratzte.

„Wo ist der Hund?“ fragte Herr Bergeret Pauline, die eben mit einem Stapel voll Wäsche im Arm zurückkam.

„Er ist im Koffer, Papa.“

„Was? er steckt im Koffer, warum denn das?“ fragte Herr Bergeret.

„Weil er dumm war.“ antwortete Pauline. Herr Bergeret bestreite seinen Freund und Riquet folgte seinem Herrn schwanzwedelnd in den Hausflur. Da fuhr ihm ein Gedanke durch den Kopf. Rugs lehrte er um, ließ zu Pauline zurück, stemmte sich mit den Vorderpfoten gegen ihre Kleider, und erst nachdem er sie zum Reichen der Anbetung wie toll geküßt hatte, holte er seinen Herrn auf der Treppe ein. Er hätte ge-glaubt, es an Missetat und Verehrung haben sollen zu lassen, wenn er einer Person, die die Nacht besch, ihn in einen tiefen Koffer zu ver-stecken, nicht seine Liebe bezengt hätte.

(Aus dem Buche „Der fliegende Händler“, das in deutscher Ausgabe, wie alle Werke des Dichters, bei Kurt Wolff, München, erschienen ist.)

„Listy“ stellen fest, daß der Präsident der Regionalbank General R a s c h e ebenso wie andere Mitschuldige der Kapitalgesellschaft und der Regionalbank der nationalsozialistischen Partei angehören. Es ist unbegreiflich, daß das Landesverwaltungsministerium überhaupt zulassen konnte, daß ein tschechoslowakischer Generalpräsident eines Erwerbsunternehmens werden kann. Da ein aktiver Offizier nur mit besonderer Bewilligung des Ministeriums im Verwaltungsrate einer Bank sein könnte, muß angenommen werden, daß das Ministerium diese Bewilligung erteilt habe. Es ist eine tragische Ironie, daß gerade ein Unternehmen, das von einer Bank, an deren Spitze sich ein General befindet, gegründet wurde, die oberste Militärverwaltung korumpiert und die Staatskasse um Millionen bestiehlt.

Gemeindevahlen vom Sonntag.

Sonntag fanden in Marienbad die Gemeindevahlen statt. Von den 3782 Stimmen entfielen auf die deutschen Sozialdemokraten 476 (4 Mandate), auf die Deutschdemokraten 444 (4), auf die Christlichsozialen 419 (4), auf die Gewerkepartei 763 (7), auf die vereinigten Deutschnationalen und Nationalsozialisten 1072 (11), auf die Jüdisch-Nationalen 284 (3) und auf die vereinigten tschechischen Parteien 294 Stimmen und 3 Mandate. Der Stimmenrückgang der Sozialdemokraten, die in der letzten Gemeindevahl 9 Mandate hatten und deren Stimmenzahl diesmal zu einem fünften Mandat nicht langten, kommt durchaus nicht überraschend. Das Marienbad, das unter dem Eindruck des Unsturzes ein paar hundert Konjunktursozialisten gebar, hat wieder heimgesunden und der ökonomischen und sozialen Gliederung seiner Bewohner entsprechend gewählt. Marienbad ist eine fast reine Bürgerstadt, ein Städtchen der Haus- und Landbauern, der Arbeiter und Kleinrentner, ohne Industrie und daraus fast auch ohne Arbeiter. Die Christlichsozialen, die in Marienbad immer zu Hause waren, die „demokratischen“ und die nationalen Juden und insbesondere die Sozialisten, teilen sich in den Erfolg. Die Nationalsozialisten sind in gewohnter Weise wieder mit den deutschnationalen Geldsakenten gegen die Sozialdemokratie zusammengelassen, die Brüder mit dem kleinen und dem großen Sakententum haben für die Wochen des Wahlkampfes mit dem erbitterten Kampf ausgehört, den sie sonst gegeneinander führen.

In Prassedi bei Tepitz, wo Sonntag Ortsvahlen stattfanden, die infolge eines Einspruchs wiederholt werden mußten, hat unsere Partei einen schon in den Erfolgen zu verzeichnen. Es erhielten die deutschen Sozialdemokraten 367 Stimmen und 9 Mandate, die deutsche Wirtschaftsbewegung 314 Stimmen und 8 Mandate, die Kommunisten 145 Stimmen und 4 Mandate, die tschechische Minderheit 118 Stimmen und 3 Mandate. Im September 1923 hatten die Parteien die gleiche Mandatszahl, doch stieg diesmal die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen um 33, während die bürgerliche deutsche Wirtschaftsbewegung 17 und die Kommunisten 18 Stimmen verloren.

Das Ergebnis der sonntägigen Gemeindevahlen in Nikolsburg stellt sich folgendermaßen dar: Es erhielten: Die vereinigte Kandidatenliste der Nikolsburger Tschechen 287 Stimmen (2 Mandate), der Bund der deutschen Landwirte 737 Stimmen (7 Mandate), die deutschchristlichsozialen Partei 734 Stimmen (7 Mandate), die deutschen Sozialdemokraten 621 Stimmen (6 Mandate), die deutschen Nationalsozialisten 671 Stimmen (6 Mandate), die deutsche Gewerkepartei 265 Stimmen (3 Mandate), die vereinigten jüdischen Parteien 302 Stimmen (3 Mandate) und die kommunistische Partei 241 Stimmen (2 Mandate).

Die Reorganisation des Bodenantrags.

Die Koalitierten bleiben unter sich!
Die koalitierten Parteien haben sich über die Grundlagen geeinigt, nach denen die Reorganisation des Bodenantrags durchgeführt werden wird. Es hat die Richtung gefolgt, die eine Gremialentscheidung und eine kollektive Verantwortung fordert, wie es in der autonomen Verwaltung, beispielsweise im Landesverwaltungsamt, der Fall ist. An die Spitze des Bodenantrags wird nunmehr ein fünfgliedriger Ausschuss stehen, der aus Vertretern der koalitierten Parteien besteht. Dieser Ausschuss wird gremial entscheiden und er wird auch für das Vorgehen des Bodenantrags sowohl der Regierung als auch der Öffentlichkeit gegenüber verantwortlich sein. An der Spitze des Ausschusses wird ein Präsident stehen, der aber nur „primus inter pares“ sein wird. Er wird Präsident des Ausschusses, aber keineswegs des Bodenantrags sein, als dessen Haupt der ganze Ausschuss kollektiv gedacht ist. Der bisherige Verwaltungsausschuss wird offenbar erweitert werden und bloß die Funktion eines Beratungskörpers haben. Mitglieder des Ausschusses, der an der Spitze des Bodenantrags stehen wird, dürfen nicht — wie „Morodni Listy“ melden — Abgeordnete sein.
Die koalitierten Parteien werden somit auch weiterhin im Bodenantrag selbstständig entscheiden, ohne sich von der Opposition dreinreden zu lassen. Die Herren wissen wohl, warum sie das Licht der Öffentlichkeit scheuen: die zahlreichen über das Bodenantrag und seine Praxis verbreiteten Nachrichten sprechen allzu deutlich dafür, daß es viel, sehr viel bei unserer „demokratischen“ Bodentreform zu verheimlichen gibt.

Die Kleinbauern zur Sozialversicherung.

Der eben stattgefundene „Verbandsstag der Kleinbauern und Häusler“ nahm folgende Resolution einstimmig an:

Der Verbandstag fordert von der Regierung die möglichst rasche Einführung der Sozialversicherung für die Selbständigen auf der Grundlage der Zwangsversicherung und Selbstverwaltung. Die Kleinbauern und Häusler, deren geringer Besitz eine Versorgung durch entsprechende Ausgedinge nicht zuläßt, bedürfen unbedingt der Fürsorge der Sozialversicherung.

Der Verbandstag stellt fest, daß die deutschen Agrarier, die seit jeher Feinde jeden sozialen Fortschrittes waren, nun auch die Sozialversicherung der Arbeiter bekämpfen und auch jene der Selbständigen unmöglich machen wollen. Aus dieser Tatsache muß die Landbevölkerung die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Die versammelten Delegierten sprechen dem Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten für sein Verhalten in der Frage der Sozialversicherung das vollste Vertrauen aus und hoffen, daß es gelingen werde, die Sozialversicherung der Selbständigen, in welche die Kleinlandwirte selbstverständlich einbezogen werden müssen, Gesetz werden zu lassen.

Aus dem Abgeordnetenhaus. Es hatten Sitzungen ab: Dienstag, den 11. ds., das Subkomitee für Sozialversicherung um halb 3 Uhr nachmittags; Mittwoch, den 12. ds., der Landwirtschaftliche Ausschuss um halb 10 Uhr vormittags; das Subkomitee für die Vorlage des § 105 der Verfassungsurkunde um 10 Uhr vormittags und der Immunitätsausschuss um halb 4 Uhr nachmittags.

Die „Reform“ des Preßgesetzes. Das Justizministerium hat den Gegenentwurf über die Aenderung der Kompetenz bei Preßdelikten bereits ausgearbeitet. Ehrenbeleidigungen durch die Presse werden der Judikatur der Schwurgerichte entzogen, aber nicht den Bezirksgerichten, sondern jünggliedrigen Senaten zugewiesen, die aus zwei Laien- und drei Berufsrichtern bestehen. Es ist noch nicht sicher, sagt „Ceske Slovo“, ob einer der beiden Laienrichter den Reichen der Journalisten entnommen oder ob beide Stellen Journalisten vorbehalten werden sollen. Das Streben der Gesetzgeber geht dahin, daß die Strafe für Preßdelikte, soweit ihr Urheber der Herausgeber ist, der geschäftlich daraus Nutzen gezogen hat, den Herausgeber treffen und dies in der Form hoher Geldstrafen und daneben auch durch Entziehung des Post- und Bahntransportes, falls sich die Delikte einigemale im Jahre wiederholen sollten.

Polnisch-sozialistische Parteikonferenz. In Währisch-Odrau fand Sonntag eine Bezirkskonferenz der polnischen sozialistischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik statt. In einer angenommenen Resolution wird erklärt, daß die polnischen Arbeiter auf dem Boden der Republik stehen und ohne Vorbehalt die Regierung anerkennen. „Diese Ideologie“ — heißt es weiter — „und der Standpunkt der polnischen Arbeiter zu dem Staate, in dem wir leben und bleiben wollen, ist durch langjährige Arbeit in den hiesigen Betrieben und den Aufenthalt in der hiesigen Jugend gegeben. Wir werden aber die uns zustehenden politischen und kulturellen Rechte anstreben. Da zwischen der Tschechoslowakei und Polen kein internationaler Vertrag besteht, leiden darunter gegen 50.000 hiesige polnische Einwohner, die das Bürgerrecht in der Tschechoslowakei nicht erlangen können. Wir fordern deshalb, daß heftens ein Vertrag geschlossen werde.“ In einer weiteren Resolution wird dem Bezirksausschuss aufgetragen, mit den tschechischen und deutschen Genossen Fühlung zu nehmen zwecks Bildung eines internationalen Komitees, das sich mit politischen, Betriebs- und kulturellen Angelegenheiten befassen wird. Es soll ehestens eine Exekutive für den Bereich von Groß-Odrau konstituiert werden, in der eine gegenseitige Verständigung der Arbeiterparteien erzielt würde.

Das „Montagsblatt“ läßt den famosen Herrn — st. —, der sich gegen die Aufführung von Smetanas „Ruf“ auf der Prager deutschen Bühne erklärt hat, neuerdings, diesmal gegen den „Sozialdemokrat“ polemisierend, zu Wort kommen. Seine Ausführungen scheinen uns, die wir unseren Standpunkt klipp und klar erklärt haben, einer Dupliz nicht wert. Wie es denn überhaupt eine höchst fragwürdige Sache wäre, mit dem „Montagsblatt“ in einen künstlerischen Meinungsstreit zu verharren. In derselben Nummer, in der dieses Blatt in allgemein kulturellen Fragen und solche der deutschen Nation anzugreifen sich erdreistet, veröffentlicht ein Herr Erne ein Juuiletton über den Hanifa-Prozess, das in der Hauptsache aus sexuell-ordinären Bemerkungen besteht. Der Erne hat über den Prozess selber nicht ein Wort zu sagen — er bemerkt: „übrigens ist mir das Urteil wurscht“ — und befährt sich lediglich mit dem von ihm genau gesehenen erotischen Vorgängen im Auditorium und mit dem „Hinter-Indien“ einer Dame, die sich auf seine Journalistenbank gesetzt hatte. Mit Wollust, die sich wohl den Montagsblattlesern mitgeteilt haben dürfte, ergeht er sich in den Schilderungen von Damen und Herren, die sich während der Verhandlungen im Gerichtssaal beinahe gepart hätten. Alles andere, das Urteil und die zum Tode verurteilte Schwangere, ist ihm „wurscht“. Herr Erne ist damit jedenfalls der Beweis gelungen, daß dem „Montagsblatt“ eine Stimme bei der Entscheidung künstlerischer und ethischer Fragen zukommt.

Ausland.

Englands Bedrohung durch Frankreich.

Ueber die Verstärkung der britischen Luftflotte und über die neuen Kredite zum Bau von achtzehn neuen Luftgeschwadern für die erste Staffel äußert sich Lord Thompson, der Luftminister, daß die Gesamtzahl der britischen Luftfahrzeuge für die erste Staffel damit auf 650 gebracht wird. Frankreich habe bereits 1300 Flugzeuge und würde durch die Ausführung seines Luftrüstungsprogramms bis zum Jahre 1926 eine Höhe von über 2000 erreichen. Das Personal der Luftflotte werde zunächst um 2000 Offiziere und Mannschaften erhöht werden. Die gegenwärtige Luftflotte Englands habe für die Heimatverteidigung nur sieben Geschwader. Weitere sechs Geschwader seien in Indien, acht in Irak und acht dazu bestimmt, mit der Marine zusammenzuwirken. Jedes Geschwader bestehe aus zwölf Maschinen. Gleichzeitig werde Craydon zum größten britischen Lufthafen entwickelt und eine Summe von 35.000 Pfund Sterling der Zivilfliegerei überwiesen werden. Zur Organisation der Verteidigung würden verschiedene Gebiete an der Süd- und Ostküste als Barrieren gegen einen Lufteinbruch bezeichnet werden. Lord Thompson erklärte ferner, daß durch diese Verteidigungsmaßnahmen die numerische Ueberlegenheit Frankreichs nicht beseitigt würde. Möglicherweise würde eine weitere Verstärkung der britischen Luftstreitkräfte notwendig werden, aber die Arbeiterregierung hoffe, daß die Ausichten auf ein Uebereinkommen zur Beschränkung der Luftrüstungen eine weitere Erhöhung der Luftausgaben unnötig mache.

Das Nationalitätenproblem und die polnische Sozialdemokratie.

e. g. Am Sonntag den 2. März tagte in Katowitz die Landeskonferenz der polnischen Sozialdemokratie (P. P. S.). Auf der Tagesordnung stand auch das Nationalitätenproblem und die P. P. S. Da für Oberschlesien nur die deutsche Minderheit in Betracht kommt, ist der Standpunkt der polnischen Sozialisten in dieser Frage von besonderem Interesse. Namens des Parteivorstandes sprach Genosse Czypinski, der unter anderem anführte:

„Polen besitzt innerhalb seiner Grenzen einige Millionen von Staatsbürgern fremder Nationalitäten. Die Aufgabe einer ordentlich geführten Regierung wäre es, diese Bürger zur staatsbürgerlichen Arbeit heranzuziehen. Statt dessen wendet sich die Regierung des Czefjens und Ploft gegen diese Staatsbürger und wendet verbrecherische Repressalien an, die nur Erbitterung hervorriefen und den Haß gegen Polen verstärkten. Heute lobt der Haß gegen Polen in den Ostbezirken. Die Repressalien der Czefjens- und Ploftregierung erschauern den Sowjets ihre Aufgabe in den Ostbezirken!“

Vinickiewicz sprach über die nationale Frage namens der Landtagsfraktion der P. P. S. Er führte aus: Die P. P. S. hat gegenüber den nationalen Forderungen der Deutschen einen Standpunkt eingenommen, der von den Rücksichten der Gerechtigkeit und Toleranz diktiert ist. Die P. P. S. hat, trotzdem der deutsche Klub — das ist die deutschbürgerlich-christliche Vereinigung — die deutschen Sozialdemokraten gehören ihm nicht an im Sejm mit der Rechten gegen die Arbeiterklasse geht, ihre Forderung in der Frage der Minderheitsschule unterstützt. Sie hat das getan, indem sie von der grundsätzlichen Annahme ausging, daß durch Schikanen und Repressalien dem Staate keine guten Bürger erzogen werden.

Es muß mit Genehmigung festgestellt werden, daß die polnische sozialistische Partei sowohl in der Presse als auch in den Versammlungen mit allen Mitteln darangeht, den nationalen Haß, den das Weibszit bis zur Siebtheile gesteigert hat, energisch und mit Vernunft abzubauen. Als im Sejm zu Warschau von der nationalen Arbeiterpartei Repressalien wegen der Ausweisung polnischer Landarbeiter — eine Maßnahme der preussisch-mecklenburgischen Landjunker — verlangt wurden, war die polnische sozialistische Partei die einzige von allen Parteien, die sich schorf gegen die Repressalien aussprach. In diesem Sinne referierten auch die Redner am Kongress zu Katowitz. Die polnische rechte Presse tobt wegen der Haltung der sozialistischen Partei und wirft ihr nationalen und Landesverrat vor, während sogar die deutschnationalen Katowitzer Zeitung mit fetten Lettern zu schreiben sich gewungen sieht: Die polnische sozialistische Partei erweist sich, wenn sie Repressalien grundsätzlich ablehnt, als kulturell weit höher stehend, als der nationale Volksverband, der Kultur, Intelligenz, Bildung und Religion für sich gepachtet zu haben glaubt und dabei ein Hort der schwärzesten, geradezu mittelalterlichen Finsternis und der wildesten Volksverhetzung ist. Soweit ist es schon mit den deutschnationalen gekommen. — Ob die tschechische sozialdemokratische Presse auch darüber ihre Leser informieren wird?

Eröffnungssitzung des Völkervertrages

Genf, 10. März. (Schw. Dep.-Ag.) Heute vormittags wurde in Genf die 28. Session des Völkervertrages unter dem Vorstize von Guani (Uruguay) eröffnet. Dr. Venes nahm zum erstenmale als Vertreter seines Landes an der Sitzung des Rates teil. Als Vertreter Großbritanniens erschien ebenfalls zum erstenmal Lord Parmoor. Symans, der wegen der Ministerkrise in Brüssel zurückgehalten ist, war durch den bevollmächtigten Minister Melot vertreten. Die Sitzung hatte vertraulichen Charakter.

Telegramme.

Die Gefahr der Stunde.

Rebanchevorbereitungen unter Regierungsschutz.
Berlin, 10. März. In der „Welt am Montag“ schreibt der bekannte Pazifist Professor Luidde unter der Ueberschrift: „Die Gefahr der Stunde“, daß die deutsche Politik vor einer ungeheuren Gefahr stehe, welche die Regierenden nicht sehen oder nicht sehen wollen. Robin man im Reich kommt, hört man davon erzählen, wie seit Monaten zahlreiche junge Leute militärisch ausgebildet werden. Man erzähle sogar von Ausbildung innerhalb der Reichswehr und spricht in amtlichen Schriftstücken von Zeisfreiwilligen oder von Beurteilungen zu Uebungen.
An maßgebender Stelle wird bestritten, daß irgendwo eine Gesetzes- und Vertragverletzung mit Billigung der Reichswehrleitung stattfände. Das Merkwürdige ist, daß die französische Regierung, trotzdem sie das alles kennt, sich weigert. Dieses Schweigen ist unheimlich. Unpöselhaft aber scheint mir, daß sie sich ihr Material aufspart, um es in einem besonders geeigneten Augenblicke zu verwenden. Daß wir einen Krieg führen können, ist zwar vollkommener Blödsinn, aber Tausende von Deutschen schreien ja diese Absicht tagtäglich in die Welt hinaus. Die Regierung scheint den Ernst der Lage nicht zu begreifen. Herr von Seeck habe eine Eingabe des Deutschen Friedensrats, in der die hier berührten Fragen behandelt waren, mit der Drohung beantwortet, er werde im Falle der Veröffentlichung sogleich von allen Mitteln des Ausnahmezustandes Gebrauch machen, vorbehaltlich der Anfrage des Landesvertrates. Auch die Antwort des Reichskanzlers auf jene Eingabe war nicht viel besser. Habe die Regierung nicht Verständnis, so müsse der Reichstag eingreifen, und auch Sache des Reichspräsidenten wäre es, nach dem Rechten zu sehen.

Bayerische Wahlpräjudizien.

München, 10. März. Die Vorbereitungen für die Landtagswahlen am 6. April sind in vollem Gange. Die vereinigten vaterländischen Verbände veröffentlichen eine Erklärung, in der es heißt, daß an die Einführung der Monarchie heute noch nicht zu denken sei, dagegen müsse auf dem Wege des Staatspräsidenten die Vorstufe dazu geschaffen werden. Eine starke Wehrmacht sei anzustreben. Die Parteiführer, die nicht offen für diese Ziele eintreten, dürfen nicht mehr kandidieren. Von der Bayerischen Volkspartei werden die Kandidaten verpflichtet, für eine Bestätigung der Revolutionäre vom November 1918, die Wiederinstellung einer bundesstaatlichen Reichsverfassung und die Wiederaufrichtung der Wittelsbacher Monarchie einzutreten.
Die „Münchener Post“ teilt mit, daß der bayerische Industriellenverband den Deutschvölkischen 100.000 Goldmark angeboten habe, wenn sie zwei Kandidaten der Industrie aufstellen und ihre Agitation gegen die Juden mildern würden. Eine Verurteilung der Kommunisten wurde verboten, eine solche des Deimabundes der Röntgenstreuer dagegen erlaubt.

Unterhausdebatte über Arbeitslosigkeit

London, 10. März. (A.R.) Den Gegenstand der Debatte im Unterhaus bildete die Frage der Arbeitslosigkeit. Der ehemalige Ministerpräsident Baldwin erklärte, daß die Arbeiterregierung, wenn sie ein positives Mittel gegen die Arbeitslosigkeit finden sollte, vom Unterhaus wie vom Lande unterstützt werden wird. Sollte sie jedoch kein Mittel dagegen finden, dann wird ihr dieses Probieren ebenso das Genid brechen, wie jeder anderen Regierung, der die Lösung nicht gelingen würde.
Arbeitsminister Shaw erklärte, daß die Regierung die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ebenso als eine Sache der nationalen Verantwortung ansehen, wie die Bezahlung der Zinsen der Kriegsanleihen. Wie er hofft, wird er in den nächsten Wochen imstande sein, ein Gesetzentwurf auf breiter Grundlage betreffend die Verleserung gegen Arbeitslosigkeit vorzulegen und dieses Problem in einer Art zu lösen, daß die Arbeitslosenunterstützungen als ein Recht und nicht als ein Almosen angesehen werden können.

Englands Friedenspolitik gegenüber Japan.

London, 8. März. Neuer meidet: MacDonald und Admiral Beatty hatten gestern eine Besprechung. Der Premierminister teilte dabei mit, daß das Kabinett beschlossen habe, daß die Pläne betreffend den Bau eines Docks in Singapur mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Stand der englischen Finanzen nicht auszuführen seien. Admiral Beatty erklärte, die Admiralität erkläre sich mit diesem Beschlusse einverstanden.

Macdonald verlangt für Ostgalizien die Autonomie.

Warschau, 10. März. In den hiesigen parlamentarischen Kreisen rief eine auf Umwegen aus London eingetroffene Nachricht große Bestürzung hervor, wonach MacDonald während seiner letzten Unterredung mit dem polnischen Gefandten Skirmunt auf die Notwendigkeit der Ausführung des seinerzeitigen Sejmbeschlusses betreffend die Verleihung von Autonomie an Ostgalizien hingewiesen hat.

Vor neuen Wirren in Irland.

Dublin, 10. März. (Sabas.) Man bemerkt eine erneute militärische Tätigkeit und befürchtet den Ausbruch neuer Unruhen.

Vom Krankenlager des Franken.

Paris, 10. März. (Sabas.) Der gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand abgehaltene Ministerrat hat beschlossen, von der Politik der Konstruktionsarbeiten Abstand zu nehmen und in energischer Weise durchgehende Maßnahmen die ausländische Spekulation zu bekämpfen, Finanzminister de Lasteyrie wird den Kommerz neue Finanzprojekte vorlegen. Die Mehrheit des Senates steht den Finanzprojekten als Ganzem günstig gegenüber, doch zögern einige Senatoren, ihre Zustimmung zur Ermächtigung der Regierung zu geben, die Sparmaßnahmen im Verordnungswege vorzunehmen, wie sie bereits die Senatskommission abgelehnt hat. Man sucht nunmehr einen neuen Text, der der Regierung die freie Initiative bezüglich der wirtschaftlichen Maßnahmen belasse, doch müßten diese noch an demselben Tage dem Parlamente vorgelegt werden, welches auf diese Weise unverfehler das Kontrollrecht behalte. Einen derartigen Zusatz, durch welchen die bisher zögernden Senatoren gewonnen würden, würde die Regierung möglicherweise annehmen.

Für die Republik Griechenland.

Athen, 9. März. (Sabas.) Papana stasi o hat die Bildung des Kabinetts übernommen. Er erklärte, daß er die Konstituante erforschen werde, die Abhebung der Dynastie zu proklamieren und erst nachher zur Volksabstimmung zu schreiten.

Verbandstag der Kleinbauern und Häusler.

Zweiter Verhandlungstag.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erstattete Abgeordneter Genosse Leibl ein kurzes aber instruktives Referat über die Bodenreform. Er erläuterte die dieses Problem betreffende Gesetze und besprach die Forderungen der deutschen Kleinlandwirte in dieser Frage. Die Kleinlandwirte werden auf die Durchführung der Bodenreform nur soviel Einfluß nehmen können, als durch ihre Berufsorganisation Macht verleiht wird. Deshalb gilt es für sie in diesem Stadium der Bodenreform alle Kräfte zur Stärkung der Organisation zusammenzuführen, damit sie stark genug ist, allen in diesem Zusammenhange auftauchenden Kleinbauernfeindlichen Bestrebungen die Stirn zu bieten. (Beifall.)
In der Debatte über diesen Punkt sprach zunächst Genosse Schmidt-Teplitz, der für die Schaffung eines sozialen Bodenrechtes und für die Erklämpfung eines Grundvertragsgesetzes eintrat. Darauf begrüßte der Vorsitzende den tschechisch-sozialdemokratischen Abgeordneten Cerni, der zur Tagung als Vertreter des tschechischen Kleinbauernverbandes erschien. Genosse Cerni übermittelte sodann die Grüße seines Verbandes und sprach sich für ein gemeinsames Vorgehen der deutschen und tschechischen Kleinbauern aus. Die tschechisch-sozialdemokratischen Kleinbauern, die eine Vertretung im Bodenamt besitzen, werden sich dafür einsetzen, daß auch die deutschen Berufskollegen bei der Bodenreform zu ihrem Anspruch gelangen, der ihnen gebührt. (Lebhafte Beifall.) Der Delegierte Habla-Planes schilderte hierauf unter Anführung von Beispielen die Angst der Großbauern davor, daß die kleinen Besitzer bei der Bodenreform aus ihrem alten Abhängigkeitsverhältnis erlöst werden könnten. Anknüpfend an die Begrüßungsworte des Genossen Cerni forderte er die Herbeiführung einer engen Kampfgenossenschaft zwischen deutschem und tschechischem Landproletariat. Abgeordneter Genosse Schweichhart nahm gleichfalls zur Bodenreform Stellung und forderte, daß bei der Zuteilung des Bodens auch die deutschen Selbstverwaltungskörper gebührend berücksichtigt werden. Wir verlangen mit aller Entschiedenheit eine Vertretung im Bodenamt und seinen Distriktsstellen. Redner erklärte weiter, daß bei dem Zuteilungsverfahren von jeder Parzelle geklärt werden müsse und brachte nachstehende Entschliebung in Vorschlag:
„Ausgehend von dem Prinzip, daß Grund und Boden Volkseigentum werden muß, fordert der 4. Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Kleinbauern und Häusler die restlose Durchführung der Bodenreform unter Ausschluß jeglicher nationalistischer Tendenz. Uns ist klar, daß die Bodenreform von bürgerlichen Parteien — Deutschnationalen, Landbündlern, Christlichsozialen etc. — schon deshalb im Ernst nicht gefördert werden kann, weil sie das kapitalistische Eigentumsprinzip verlegt und die genannten Parteien fürchten, daß eine Sozialisierung des Großgrundbesitzes auch die Vergesellschaftung von Fabriken, Bergwerken und der anderen Produktionsmittel nach sich ziehen müßte. Deshalb warnen wir die Kleinbauern und Häusler vor jenen bürgerlichen Parteien, die sich unter der Maske der Bodenreformfreundlichkeit ihnen anbieten.
Die die Vertretung des arbeitenden Landvolkes nur das eigene Werk desselben sein kann, ist auch die Bodenreform eine nur aus positiv interessierende Angelegenheit, die wir selbst und unsere Freunde vertreten können. Die Verbandsleitung und die sozialistischen Parteien werden aufgefordert, die Verwirklichung der Bodenreform im sozialen Sinne zu beschleunigen.“

Wetter sprachen noch zu dieser Angelegenheit die Delegierten Billwachs-Neuhaus, Jörzler-Petschau, Tische-Tetschen, Fritsch-Bitschlowitz, Jaschke-Tichlowitz und Jydlik-Znam. Sodann fand die von Genossen Schweichhart vorgeschlagene Entschliebung einstimmige Annahme.

Über „Steuerfragen“ erstattete Genosse Jörzler das Referat. Dabei bediente er sich einer trefflichen Methode der Darstellung, indem er seine Ausführungen mit auf Rollbildern angebrachten plastischen Darstellungen illustrierte. Das Steuerrecht des kapitalistischen Staates und die unsoziale Verwendung der Steuererlöse brachte er dadurch den Zuhörern in der anschaulichsten Weise zum Bewußtsein. Auch zeigte er auf, wie leicht die arbeitenden und am meisten ausgebeugten Menschen, die die große Mehrheit der Bevölkerung bilden, mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechtes die die Möglichkeit hätten, die Steuerpolitik und die gesamte Staatspolitik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Seine Darlegungen, sowie die neuartige Vortragsmethode fanden bei den Delegierten lebhaften Anklang. Er unterbreitete dem Verbandstag schließlich folgende Resolution:

„Der vierte Verbandstag des Zentralverbandes der deutschen Kleinbauern und Häusler stellt fest, daß die Verteilung der Steuerlasten zu Ungunsten der Kleinlandwirte erfolgt. Die Regierung wird aufgefordert, zur Beseitigung dieses unhaltbaren Zustandes einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher das gegenwärtige komplizierte Steuersystem aufhebt und dafür ein auf dem Grundsatz der Progression aufgebautes einheitliches System der Steuerabgabe schafft. Hierbei ist ein Existenzminimum unbedingt freizuhalten und jede indirekte Steuerabgabe zu beseitigen. Insofern eine solche Reform noch nicht durchgeführt ist, soll die Steuerbemessung bei dem Einkommen von Grund und Boden auf die Basis des individuellen Katastralreinertrages gestellt werden. Unter allen Umständen ist das Prinzip zu beachten, daß der wirtschaftlich Starke entchieden höher besteuert wird als der wirtschaftlich Schwache, was bis jetzt nicht der Fall ist.“

Nach kurzer Debatte wurde die Resolution einhellig beschlossen, ferner ein aus der Mitte der Anwesenden gestellter Antrag, diese Rollbild-Vorträge im Verbandsallgemein einzuführen; zu denen Genosse Jörzler eine erläuternde Broschüre schreiben soll.

Zum vorletzten Tagesordnungspunkt „Unsere Arbeit in den öffentlichen Körperschaften“ referierte Genosse Zentler und besprach die Aufgaben der Kleinbauernvertreter auf diesem Gebiete. Besonders in den Gemeinden muß gründliche Aufräumarbeit geleistet werden, damit die traurigen Überreste der langjährigen agrarischen Herrschaft ehestens beseitigt werden. Zu diesen gehört die Kriegsanleihefrage, die zahlreiche Landgemeinden mit dem finanziellen Ruin bedroht. Hier bietet die letzte diesbezügliche Entscheidung des Obersten Gerichtshofes eine Handhabe zur Nachprüfung dieser verhängnisvollen Beschlüsse und unsere Vertreter sollen überall von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Neben den Vertretungen in den Bezirksverwaltungscommissionen und in den geplanten Gewerbetreibungen ist die Einsetzung von Vertretern in die Landeskulturräte für die Kleinlandwirte von höchster Wichtigkeit. Nach langen Bemühungen ist es gelungen, dem Verbandsvorstand Genossen Leibl in der deutschen Sektion des böhmischen Landeskulturrates Eingang zu verschaffen. In Mähren und Schlesien sind wir noch nicht so weit. Der Referent schloß mit der Aufforderung, die Vertrauensmänner der Kleinlandwirte mögen in allen öffentlichen Körperschaften, wo sie wirken, ihre ganze Kraft in den Dienst des Gemeinwohles stellen. (Beifall.) — Genosse Schmidt besprach anschließend die speziellen Aufgaben der ländlichen Gemeindepolitik. Delegierter Habla-Planes schilderte in drastischer Weise die Mißstände, welche die agrarischen Gemeindevertretungen in punkto Armenwesen einreichen ließen. Genosse Schner-Groß-Ramersschlag berichtete über einen krasen Fall agrarischer Unterwirtschaft in der Kriegsanleihefrage. Verbandssekretär Genosse Klsami brachte einige Beispiele vor, wie borniert die agrarischen Gemeindevertreter oft vorgehen und wie sich auch die Vertreter des kleinen Landvolkes auf diesem Boden manchmal nicht gleich zurechtfinden. Nachdem noch Tische-Tetschen für eine konsequente sozialistische Politik in den Gemeinden eingetreten, wurde der Punkt mit dem Schlußwort des Referenten abgeschlossen.

Einer Anregung der Ortsgruppe Königswarth folgend, daß sich der Verbandstag für die Gesehwerdung der Sozialversicherung aussprechen solle, brachte Genosse Schweichhart eine in diesem Sinne gehaltene Resolution ein, die wir an anderer Stelle veröffentlichen. Sie wurde angenommen, ebenso einige von den Ortsgruppen eingebrachte Anträge betreffend die Abhaltung von Vichbildervorträgen und die Vertretung in den Landeskulturräten. Zu Punkt „Neuwahlen“ brachte die Wahlvorschlagskommission nachbenannte Delegierte für die Verbandsfunktionen in Vorschlag, die einstimmig gewählt wurden:

- Vollzungsausschuß: Dominik Leibl, Pradzen, Obmann; Josef Schweichhart, Bodenbad, 1. Obmannstellvertreter; Adolf Jörzler, Petschau, 2. Obmannstellvertreter; Alfred Schreyer, Falkenau; Josef Zentler, Zebus; Franz Dürschmidt, Woratschen. — Vorstandsmitglieder: Josef Habla, Planes; Wendelin Radler, Schwan; Anton Möschl, Grasseth; Johann Knobl, Uncia; E. Cydlitz, Probitz. — Ersahmänner: Albin Steiner,

- Mähr.-Trübau; Mathias Schritter, Bratelsbrunn; Julius Wabra, Großschernitz; Franz Festrabel, Pichtenau. — Aufsichtsrat: Wenzel Tietze, Königswald; Eduard Fritsch, Bitschlowitz; Johann Sippl, Klingen; Heinrich Bilwachs, Höfing; Anton Rauctinstel, Mladtin; Anton Leimer, Schloß-Bösig; Engelbert Wittner, B.-Borau. — Schiedsgericht: Romeo Walch, Neuborf; Franz Plaxer, Brunn; Emil Jaschke, Tichlowitz; Franz Glos, Woratschen; Eduard Scholze, Weiskirchen.

Nach den Wahlen drückte ein Delegierter dem bewährten Verbandsobmann, Genossen Leibl, mit herzlichsten Worten das Vertrauen des Verbandstages aus und Genosse Leibl beantwortete diese Ehrung mit dem Versprechen, auch in Zukunft seine Kraft in den Dienst der gemeinsamen Sache zu stellen. Mit einem kräftigen Appell des Vorsitzenden zu neuer uner müdlicher Arbeit, wurde sodann der Verbandstag geschlossen.

Der schöne und würdige Verlauf des Verbandstages berechtigt zu den besten Hoffnungen für die Zukunft dieser jungen Organisation. Die Debatten waren von tiefer Sachlichkeit durchzogen, und aus den Delegierten, ob sie aus Nord- oder Westböhmen oder aus Südmähren gekommen waren, sprach Ernst und Eifer und unbegrenztes Vertrauen zum Verbandsobmann, sowie seinen führenden Vertrauensmännern.

In den vier Jahren harter Arbeit und ununterbrochenen Kampfes, die der Verband nun hinter sich hat, ist ein Stamm von Vertrauensmännern herangewachsen, um den ihn manche große agrarische Organisation beneiden könnte. Wer dem Verbandstage mit beigewohnt hat, der weiß, daß die Sache des klassenbewußten Landproletariats in treuen und kundigen Händen liegt. Laßt diese roten Pioniere noch einige Jahre arbeiten, ihr Herrn Agrarier, und dann wird euch der Spott, mit dem ihr die selbständige Bewegung der Kleinbauern und Häusler empfangen habt, schon vergehen!

Teilhaber.

Von Max Barthel.

Teilhaber geht nicht gern durch die Arbeiterbezirke der Stadt. Teilhaber ist Auto- und Billebesitzer und wohnt natürlich in ruhiger Gegend. Er hat sich eingebek mit Sachwerten und edler Valuta. Schwärmt für die Kunst, natürlich für Herzog und Hauptmann. Er sitzt im Aufsichtsrat von siebenundzwanzig Aktiengesellschaften. Und fürchtet Gott und ehret den Kaiser in Doorn und seine tapferen Söhne. Teilhaber ist Patriot vom Scheitel bis hinab in den Nacken und wütender Gegner von Marx und Lenin und verflucht die bösen Bolschewiki. Das heißt, er hat noch keine Handelsverbindung mit Sowjetrußland.

Teilhaber ist nur ein Name und keine Klassenbezeichnung. Teilhaber ist arisch natürlich und Ritter erlesener Orden. Er kandidiert natürlich zum nächsten Reichstag und will dem Volk zeigen, was eine Harke ist. Im Blutmeer der Zeiten schwimmen die grauen Schiffe der Armut. Die Segel gebläht von den Seufzern der Armen und ihren verzweifelten Schreien um Rettung und Hilfe. Teilhaber aber ist Realist und sieht keine gespenstischen Schiffe. Mißhörend im Ohr klingen ihm nur die Pieder der Drehorgelspieler, denn Teilhaber ist musikalisch. Beleidigt wendet er ab seine Augen, steht er der Bettler trostlose Scharen im Rinnstein, denn er ist Keßhet.

Natürlich gibt es Zuchthäusler und Diebe und Suren, aber er wendet ab sein gemästetes Antlitz und bläht seine Rüßtern. Teilhaber ist ordnungsliebender Bürger und ehrt die Gesetze, die seinen Besitz sichern. Teilhaber ist mit dem bürgerlichen Gesetzbuch noch nie in Konflikt gekommen, er kennt alle Paragrafen und viel kluge Juristen sind seine Freunde und seine Berater.

Wo es aber Weiber gibt, schöne, junge, strahlende Weiber, Da ist Teilhaber, denn er ist ja Keßhet und liebt die Schönheit. Wo es aber Dividenden gibt, schöne, fette, schwerwiegende Gewinne, auch da ist Teilhaber Teilhaber und sehr zufrieden. Natürlich ist er gut angesogen, doch das versteht sich am Rande. Er ist ja Herr Teilhaber, der Freund der bestehenden Ordnung, wohl geachtet, ein ruhiger Bürger, besetzt und begehrt.

Aber er geht nicht gern durch die Arbeiterbezirke der grauen und maßlos verbitterten Stadt. Teilhaber hat, wie alle großen Menschen, natürlich auch seine kleinen, verständlichen Schwächen.

Devilenturie.

Die tschechische Krone notiert in:

- New York 100 Kr. Dollar 2.88-25
- Zürich 100 Schweiz. Frank 16.77-50
- Berlin 1 Mark 122.500.000.000-00
- Wien 1 österr. Kronen 2.046.00

Prager Kurze am 10. März.

	Gold	War-
100 holl. Gulden . . .	1309-00	1815-70
1 Million Mark . . .	7.84-50	8.04-50
100 belg. Franken . . .	117-25-00	118-75-00
100 schweiz. Frank . . .	610-50-00	613-50-00
1 Pfund Sterling . . .	150-85-00	151-95-00
100 Lire	148-37-50	149-87-50
1 Dollar	35-10-0	35-40-00
100 franz. Franken . . .	180-25-00	181-75-00
100 Dinar	43-50-00	44-00-00
10.000 ungar. Kronen . . .	4-50-00	5-00-00
1.000.000 poln. Mark . . .	3-37-50	4-17-50
10.000 österr. Kronen . . .	4-87-00	5-07-00

Tages-Neuigkeiten.

175 Bergarbeiter verschüttet.

Jede Rettung ausgeschlossen.

Salt Lake City, 9. März. (Sabas.) Im Embrarashacht wurden infolge einer Explosion 175 Bergarbeiter verschüttet, denen keine Hilfe gewährt werden kann. (Salt Lake City ist die Hauptstadt des Staates Utah in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.)

Salt Lake City, 10. März. (Sabas.)

Zu dem Grubenunglück wird weiter gemeldet, daß bisher neun verlohnte Leichen zu Tage gefördert wurden. Man ist der Ansicht, daß sämtliche verschüttete Arbeiter ums Leben gekommen sind.

Opium im „Eingefendet“. Der kommunistische „Kampf“, ein Kopfblatt des Reichenberger „Vorwärts“ veröffentlicht im „Eingefendet“ folgende Mitteilung des Deutschen Volksbildungsvereins und volkswissenschaftlichen Vereins für Mähr.-Osttau und Umgebung:

Montag, den 10. März spricht Herr Erich Czernin-Dirkenau aus Wien im katholischen Vereinssaal um 8 Uhr abends über das Thema „An der Grenze zwischen Diesseits und Jeneseits“ mit besonderer Berücksichtigung der „Entlarbungen von Medien“ der letzten Zeit. Regiebeitrag usw.

Herr Erich Czernin — der Name klingt sehr verdächtig! — das katholische Vereinshaus, die Kommunisten und die Grenze zwischen Diesseits und Jeneseits — das alles paßt, so scheint uns, vortrefflich zusammen. In Rußland führen die Bolschewiki nicht nur gegen die Kirche einen rücksichtslosen Kampf, sondern auch gegen die Religion, die sie als „Opium“ bezeichnen. Unsere einheimischen Kommunisten wissen dieses Opium im „Eingefendet“, das natürlich gut bezahlt ist, ganz gut zu bewerten . . .

Genossen und Genossinnen!

Rüstet zur Werbeaktion!

Ein Radio-Journal am der Prager Frühjahrsmesse. Während der achten Prager Frühjahrsmesse (16. bis 23. März 1924) werden im Empfangsraum des Kongresspavillons 6 auf dem Ausstellungsplatz radiotelephonische Nachrichten und Konzerte in- und ausländischer Stationen vorgeführt werden. Der Zutritt wird nur auf besondere Einladungen möglich sein, um welche in der Kanzlei des Reise-Amtes daselbst angefragt werden muß.

Die Ermäßigung der Tarife bei Milchtransporten. Wie die offiziöse „Prager Presse“ am 2. März 1924 meldet, gewähren die tschechoslowakischen Staatsbahnen für Milch im Naturzustande bei Beförderung von allen Stationen nach Brünn eine 33prozentige, nach Mähr.-Osttau, Pilsen, Wien, Prag, Wrochowitz, Rusle und Wilschkan eine 50prozentige Ermäßigung des Frachttages für ermäßigte Güter. Die Abgeordneten Genossen Bohl, Dieltl, Fischer und Genossen, die in dieser Angelegenheit eine Interpellation an den Eisenbahnminister gerichtet haben, begrüßen die Herabsetzung der Frachttarife für ein so wichtiges Volksernährungsmittel, verstehen jedoch nicht, warum die Ermäßigung nur für einzelne Orte und Städte gilt. Sie fragen daher in der Interpellation den Eisenbahnminister, ob die Notiz der „Prager Presse“ vom 2. März 1924 auf Tatsachen beruht. Weiter stellen die genannten Genossen an den Eisenbahnminister folgende Fragen: Wieso wird eine verschiedentartige Abstufung der Frachtermäßigung für Milch eingeführt und besonders, wieso wird diese Ermäßigung für Milchtarife nicht allgemein und nur für einige wenige und mit die Notiz besagt, nur tschechische Städte eingeführt? Warum werden diese ermäßigten Milchtarife nicht im ostböhmischen, nordböhmischen, nordwestböhmischen und westböhmischen Industriegebiet eingeführt, wo nachweisbar viel Milch transportiert werden muß und die Lebenshaltungskosten teurer als in den übrigen Teilen der Republik sind? Hält der Herr Eisenbahnminister eine Verbilligung dieses wichtigen Nahrungsmittels in den deutschen Gebieten nicht ebenso für notwendig, wie in den tschechischen? Ist er bereit, dafür zu sorgen, daß diese begründeten Herabsetzung der Tarife für alle Milchtransporte ohne Unterschied der Lieferungsstation ehestens durchgeführt werde?

Explosionen. Der Sprengergehilfe Anton Günther aus Gottesgab und der 16 Jahre alte Lehrling Josef Schrödel aus Daseberg im Böhmerwald waren in Joachimsthal mit dem Aufbauen einer eingezirkelten Wasserleitung beschäftigt. Sie verwendeten dazu einen Apparat, bestehend aus einem Dampfessel mit eigener Anfeuerung. Plötzlich explodierte mit furchtbarem Knall die Feuerung und ein Eisenstück traf den Kopf des Lehrlings, riß das Schädeldach auf, so daß das Gehirn hervorquoll. Trotz dieser furchtbaren, unbedingt tödlichen Verwundung lebte der Bedauernswerte noch zwölf Stunden. Der Gehilfe trug nur leichte Verletzungen davon. — Beim Zuge Nr. 412 explodierte Samstag auf dem Deniksbahnhof in Prag aus bisher unbekannter Ursache der Gasbehälter für die Waggonbeleuchtung. Der Luftdruck war so stark, daß vier Waggons die Fensterscheiben eingedrückt und ein hölzernes Bremshäuschen stark beschädigt wurde. Der Postanstellfahriener Anton Vit aus Zizlow, welcher im kritischen Moment die Straße passierte, wurde durch Glasscheiben am Kopfe verletzt. Zum Glück war der zur Abfahrt bereitstehende Zug noch unbefehlt.

Eindbruch in einen Prager Juwelierladen. Gestern früh bemerkte der Goldwarenhändler Jaroslav Zvrdil am Wenzelsplatz in Prag, als er seinen Laden betrat, daß dieser angeplündert worden war. Die Wand, die sein Geschäft von dem des Pelzwarenhändlers Engel trennt, war durchbrochen, ebenso war die große eiserne Kassa angebrochen. Die Räuber wurden wahrscheinlich in ihrer Arbeit gestört und entflohen unter Mitnahme zahlreicher Goldwaren auf demselben Wege, auf den sie gekommen sind. Nach Schätzung des Goldwarenhändlers wurden Waren im Werte von 170.000 K gestohlen. Die Sicherheitsabteilung, die sofort verständigt wurde, ersandete Detektive in den Laden, die die Spuren nach den Eindringern aufnahmen. Die Diebe drangen bereits Samstag abends vor Sperre des Haupttores in den offenen Keller ein, durchbrachen unter mühseliger Arbeit eine Kellerwand, die in das Pelzwarengeschäft Engel führt und drangen dann von hier aus, nachdem sie ein großes Loch in die Wand bohrten, in das Goldwarengeschäft ein. Als der Tat dringend verdächtig wurde eine polnische Eindringerverbände in der Wohnung der 33jährigen Kobener (Prag-Kleinseite) verhaftet. Die weiteren Nachforschungen sind im Gange.

Strengere Fahrkartenrevisionen auf Prager Weltstraßen. Die Fahrkarten auf der Prager elektrischen Straßenbahn werden nach einer tschechischen Meldung im Preise nicht herabgesetzt werden, weil bisher die Bilanz der elektrischen Unternehmungen für das Jahr 1923 noch nicht fertiggestellt ist und der Anstieg einiger wichtiger Bedarfsartikel bedeutend steigt. Dafür hat aber die Elektrische eine Reorganisation der Fahrkartenrevision vorgenommen, weil blinde Passagiere jede Revision dadurch unmöglich machten, daß sie beim Herannahen eines Revisors auf der entgegengesetzten Seite ausstiegen. Gegenwärtig suchen zwei Revisoren zur Zeit der stärksten Frequenz gefüllte Wagen an. Einer der Revisoren revidiert die Fahrkarten von der rückwärtigen Plattform beginnend, der andere von der vorderen. Diese strenge Revision soll sehr zweckmäßig sein und es sei interessant, daß es noch genug Leute gibt, die nicht zahlen wollen und daß dies nicht nur arme Leute sind.

So muß es kommen. Am Sonntag fand in einer Berliner Arbeiterveranstaltung eine Vorlesung aus dem Stück Ernst Tolkers „Hinkeln an n“ statt. Vor der Veranstaltung schrieb der Berliner „Vorwärts“:

„Um ähnliche Vorkommnisse wie die in Dresden stattgefundenen zu verhindern, haben die Arbeiter Athleten und Sportler den Saal schon übernommen. Es liegt im eigensten Interesse eines gewissen Publikums, den Anordnungen der Boxer und Ringkämpfer unverzüglich Folge zu leisten.“

Die Hakenkranzer dürfen sich eine Störung w. h. überlegt haben und zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß in diesem Falle Vorsicht der Tugend besserer Teil ist. In Wien ist ihnen vor kurzem eine beachtliche Störung der Ausführung des „Hinkeln“ gleichfalls lässlich mihlungen und es wird ihnen gar bald die Lust zu allen Provokationen vergehen, wenn sie auf den entsetzlichen Abwehrwillen der Arbeiter treffen.

Ein Goldrubel = 50.000 Sowjetrubel. Der Rat der Volkskommissare bestätigte den Vorschlag des Volkskommissariates von Sowjetrußland, betreffend die Festsetzung des Umtauschkurses für das frühere Sowjetgeld. Vom 9. März wird für die im Jahre 1923 ausgegebenen 50.000 Sowjetrubel (oder die in den Jahren 1918—1922 ausgegebenen 50 Millionenrubel) ein Goldrubel ausgegeben. Die Staatskassen werden unverzüglich die alte Valute gegen die neue eintauschen. Die Privatbehörden müssen frühere Sowjetrubel bis zum 10. April d. J. annehmen; die Massen des Volkskommissariates für Finanzen nehmen sie bis zum 30. April dieses Jahres an.

Schwere Zusammenstöße in Saint Quentin. Bei der Feier des Jahrestages der Gründung des Schwereverbandes für Ordnung des Fremdenverkehrs in Saint-Quentin kam es nach einer Habas-Meßung zu einer kommunistischen Kundgebung. Die Polizei war genötigt, von der Schutzwaffe Gebrauch zu machen. Die Kommunisten antworteten mit Steinwürfen und Revolvergeschüssen. Einige Polizisten wurden verletzt.

Vom spanisch-marokkanischen Kriegschauplatz. Eine Truppenabteilung, welche eine Transpasse nach Bassifetez begleitete, ist auf dem Rückmarsch angegriffen worden. Zwei Regimenter wurden getötet, ein Lieutenant und acht Legionäre schwer verwundet.

Der griechische General Danglis, eines der Mitglieder des Triumvirates in Athen, ist am Sonntag gestorben.

Reuteranfrage gegen englische Offiziere. Generalmajor Stanton und Oberst Dalton sind in Dublin auf Befehl der Regierung unter Anklage der Reuterei, bezogen anlässlich der Demobilisierung von 900 Offizieren, verhaftet worden.

Palaisbrand in Petersburg. In Petersburg wurde das Palais der früheren Großfürstin Xenia Alexandrowna durch einen Brand vernichtet. Beim Löschen wurden 40 Feuerwehrleute verletzt. Die Bibliothek des Marineministeriums wurde durch den Brand eingeeäschert.

Ein Auto in einen Fluß gestürzt. „Le Journal“ meldet aus New York, daß ein Lastautomobil bei der Stadt Passaic im Staate New-Jersey (Nordamerika) in einen Fluß gestürzt sei, wobei zwölf Personen ertranken.

Das große Oxford Wörterbuch der englischen Sprache, welches Lord Curzon als „das bedeutendste von irgend einer Universität jemals hervorgebrachte literarische Werk“ bezeichnete, nähert sich nunmehr seiner Vollendung. Mit seiner Zusammenstellung wurde im Jahre 1897 unter der Redaktion Sir James Murray's begonnen. Die bisher ausgegebenen Bände behandeln 400.000 Worte. Nunmehr wird an dem letzten Bande gearbeitet, welcher die vier letzten Buchstaben des Alphabets umfassen wird. Die Gesamtzahl der behandelten Worte in dem vollständigen Wörterbuch wird ungefähr 425.000 betragen. Die Druckerei der Oxford-Universität wurde sieben in London in neuen Räumlichkeiten untergebracht.

Die Bevölkerung von Petersburg wächst. Laut den neuesten statistischen Angaben ist die Zahl der Einwohner von Petersburg auf 1.137.600 gestiegen. Im Jahre 1922 gab es in Petersburg 1.038.000, im Jahre 1921 782.000 und im Jahre 1920 740.000 Einwohner.

„Die schöne Helena“ von New York — ein Räuber. Eine Affäre, die die New Yorker Sicherheitsbehörden durch Wochen in Atem hielt, hat eine sensationelle Aufklärung gefunden. Es handelt sich um den weiblichen Banditen, „die schöne Helena von New York“, welchen die Blätter als die Königin der amerikanischen Banditen bezeichnen. Die schöne junge Frau mit ihren charakteristischen blonden Locken erschien wiederholt überraschend in ihrem Auto vor Geschäften, trat mit ihrem Chauffeur in das Lokal und zwang mit vorgehaltenem Revolver die Anwesenden, die Hände hochzuhalten, worauf ihr Komplize die Kassen und die anwesenden Personen ausraubte. Zuletzt waren 150 Detektives von der Polizei in Brooklyn aufgeben, um des weiblichen Banditen habhaft zu werden. Es gelang bei einem Ueberfall, die beiden festzunehmen. Zur Ueberführung entpuppte sich die Frau als ein Student der Hochschule von Brooklyn namens Clarence Wilson und sein Komplize als ein zweiter Hochschüler namens Jip-Martin.

Weiterübersicht vom 10. März. Infolge völliger Ausbeiterung im größten Teile der Republik sind die Nächte seit Samstag meist kälter, die Tagesstunden dagegen milder geworden. Im ganzen herrschen wiederum unternormale Temperaturen, namentlich in Böhmen, wo sie des Nachts bei Rebel unter -5 Grad Celsius liegen. Die Montag früh abgelesenen Minima waren: -13 Grad Celsius in Eger, -8 Grad Celsius in Tabor, -6 Grad Celsius in Prag, -5 Grad Celsius in Stara-Dala. Nur die Ostslowakei war Sonntag noch teilweise bewölkt. Die günstige Wirkung der binnenländischen Hochdruckes wird auch am Dienstag anhalten. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Andauern des günstigen Witterungscharakters.

Kleine Chronik.

Ein Röntgen-Gedächtniszimmer. Im Physikalischen Institut der Universität Würzburg ist zu Ehren Röntgens und zur Erinnerung an sein Wirken das frühere Arbeitszimmer des Forschers als Röntgen-Gedächtniszimmer eingerichtet worden. Neben vielen persönlichen Andenken ist hier ein großer Teil der Originalapparate Röntgens gesammelt worden, die fast alle von des Meisters Hand gefertigt und bei den ausschlaggebenden Versuchen benutzt worden sind: Die ersten Röntgenröhren, alle Originalphotographien, die zur Entdeckung der Strahlen führten, und außerdem zahlreiche, erst neuerdings durch Prof. Wagner als von Röntgen benützte, von ihm selbst gearbeitete Apparate festgesetzt, Hartemessler, Prismen und Linsen aus Hartgummi und Aluminium zum Brechen der Strahlen, Magnete zum Ablenken der Strahlen und kleine Fluoreszenzschirme. Ein besonderer Schrank enthält die Ehrenurkunden, die Röntgen der Universität stiftete, vor allem Mitgliedsurkunden der verschiedensten Akademien und die Nobelpreisurkunde. Als einzige Original-Handschrift ist die Niederschrift seiner Entdeckungsarbeit vorhanden. Den Namen schmückt Röntgens Wüste, ein Gipsabdruck der Bronze von Hildebrand. Neben Röntgens Arbeitsstisch ist ein Teil seiner Bibliothek vorhanden, vor allem die vollständige Sammlung der von ihm gesammelten Sonderdrucke. Einen Einblick in sein persönliches Leben gestatten zahlreiche Photographien.

Sind ultramikroskopische Organismen der Natur verbreitet? In der pathologischen Literatur ist vielfach von ultramikroskopischen Organismen die Rede, deren Größe unterhalb der Sichtbarkeitsgrenze liegt. So werden die Erreger der Tollwut, der Maul- und Klauenseuche und der Hühnerpest unter den sogenannten ultramikroskopischen Organismen gesucht. In neuerer Zeit gibt nun tatsächlich Rellin an, solche ultraviolette, durch die feinsten Filter diffundierbare Organismen aus dem Pflanzsaft von Humus dargestellt zu haben. Bei der großen Bedeutung, die dieser Frage zukommt, ist es erfreulich, daß Professor Riehe nach seinem Bericht im Biologischen Zentralblatt Aufzüge von Fruchten- und Pflanzengewebe, Komposterde, Faeces, Mist usw. mit derselben Methode auf Ultramikroben untersuchte. Auf Grund dieser Versuche kam Riehe zu einer bestimmten Bemerkung der Besunde von Melein und vertritt die Auffassung, daß Ultramikroben in der freien Natur mindestens sehr selten sind. Somit stehen wir vor der bemerkenswerten Tatsache, daß mit der Sichtbarkeitsgrenze im Mikroskop auch die Lebenswelt wahrscheinlich erlischt.

in den meisten Staaten ein Umschwung zum Besseren eingetreten. Der internationale Güterausstausch verzeichnet wieder eine beträchtliche Vormärtsentwicklung. Um das Maß dieser Entwicklung abzumessen, hat die ausgezeichnete Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ die Außenhandelsabien von zwölf Staaten, die etwa 60 Prozent des Welthandels bestreiten, in Goldmark umgerechnet. Für diese Staaten ergibt sich folgender Umsatz in Millionen Goldmark: 1913: 96,7; 1921: 107,9; 1922: 115,8; 1923: 126,9. Schaltet man die Preissteigerung der Waren durch Umrechnung dieser Zahlen mit einem schwächungsweise ermittelten Weltgroßhandelsindex (1913: 100; 1921: 175; 1922 und 1923: 150) aus, so ergibt sich, der Außenhandelsumsatz im Jahre 1913 gleich 100 gesetzt, folgende Reihe: 1921: 65; 1922: 78; 1923: 87.

Das „Verbrechen der Revolution“.

Eine vergleichende Geschichtsbetrachtung.
175 Jahre sind in diesen Tagen verfloßen seit der Geburt des Grafen Mirabeau, der in der Geschichte als der staatsmännlich Licht und weit-sichtigste Wegbereiter der französischen Revolution gilt. Seiner Persönlichkeit und seiner historischen Rolle sich zu erinnern, ist nicht ohne Reiz in einer Zeit, da in München das Hochverratsverfahren gegen einige Männer abgeschlossen wird, die in maßloser Selbstüberhebung und Verkennung geschichtlicher Notwendigkeiten sich angemacht haben, das „Verbrechen der Revolution“ vom November 1918 zu führen.

Den grundlegenden Unterschied zwischen einem Putsch oder Staatsstreich und einer Revolution hat schon Lassalle charakterisiert. Eine Revolution kann nicht von einzelnen Menschen gemacht werden, sondern sie ist der äußere Ausdruck einer staatlichen und gesellschaftlichen Umwälzung, die aus der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eines Volkes herangewachsen ist. Eine Revolution kann deshalb auch niemals rückgängig gemacht werden, wie die Lubendorff und Hitler sich einbilden.

Diese Erkenntnis gehabt und politisch ver-sucht zu haben, ist das unbewegliche historische Verdienst Mirabeaus. Er selbst stammte aus jenen aristokratischen Kreisen, deren politischen und gesellschaftlichen Vorrechten sein Kampf gegolten hat. Eine abenteuerliche Jugend zog hinter ihm, als er seine revolutionäre Tätigkeit begann. Aus eigener Anschauung kannte er die Ueberlebens-heit des monarchischen Absolutismus und die politische Unausführbarkeit jenes feudalen Systems, das die große Masse des Bürgertums der Herrschaft und den Willkürkamen des Großbesitzers und der Geistlichkeit aussetzte und von einem maßgebenden Einfluß auf das öffentliche Leben ausschloß. Die finanzielle Bankrottwirtschaft des französischen Königtums, das mit seiner Papiergeldwirtschaft die Verelendung des Volkes beschleunigte, gab den Anstoß zur großen Revolution. Das Ziel dieser Revolution aber war auch damals die Errichtung der Demokratie, die sich in England bereits seit einem Jahrhundert siegreich durchgesetzt und seitdem auch in der jungen nord-amerikanischen Republik als einzig mögliche Staatsform behauptet hatte.

Als Ludwig XVI. die konstituierende Nationalversammlung einberufen hatte, wurde Mirabeau der hervorragendste Vertreter des sogenannten „dritten Standes“, des bisher politisch rechtlosen Bürgertums, und arbeitete eifrig an der Schaffung eines Entwurfes für eine neue Verfassung mit. Sein früher Tod im Jahre 1792 verwehrt Frankreich seines fortschrittlichsten und den Geist seiner Zeit am klarsten erkennenden Politikers. Ein tragisches Geschick hat Mirabeau nicht mehr die weitere Entwicklung seines revolutionären Lebenswerkes erleben lassen und auch gehindert, daß er dank seinem realpolitischen Verständnis und dem Ansehen seiner Person mächtig auf die spätere Jakobinische Schwendensherrschaft einwirken konnte. Aber sein Geist, der noch heute aus seinen hinterlassenen Schriften und Briefen (von denen einige Gustav Landauer in der bei Rütten und Loening in Frankfurt a. M. herausgegebenen Sammlung „Briefe aus der französischen Revolution“ veröffentlicht hat) zu uns spricht, ist lebendig geblieben. Heute wird wohl niemand mehr die historische Bedeutung und Geschmäht der französischen Revolution anzweifeln und es bleibt nur zu bedauern, daß nicht auch die deutsche Republik einen Mirabeau gefunden hat.

Was damals der „dritte Stand“, das Bürgertum, gewesen ist, das ist heute das Proletariat, die Gesamtheit aller schaffenden Kräfte im kapitalistischen Produktionsprozeß. Der Stimmgel zum Reichstag allein vermochte ihm nicht die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung zu sichern. So ist auch die Revolution vom November 1918 eine Epoche naturgeschichtlich ange-worfener geschichtlicher Entwicklung geworden. Mag immerhin die erst in den Anfängen stehende deutsche Demokratie noch manchen Erschütterungen ausgesetzt sein, so zeigt es doch von einer vollkommenen geschichtlichen Ahnungslosigkeit, die überwindenen vorrevolutionären Zustände zurück-führen zu wollen.

Volkswirtschaft.

Die Entwicklung des internationalen Handels im Jahre 1923.

Der internationale Güterausstausch hat bei weitem noch nicht wieder die Vorkriegsumenge erreicht. Nach der ersten Stillung des Waren-hungers der während des Krieges ausgezogenen europäischen Staaten trat im Jahre 1921 eine Reaktion ein, veranlaßt durch die wirtschaftliche und finanzielle Zerrüttung in Verbindung mit den gewaltigen Kriegskosten einer Reihe von Staaten. Absatzschwierigkeiten, Betriebseinstellungen, Arbeitslosigkeit machten sich überall bemerk-bar. In den letzten beiden Jahren ist indessen

in den meisten Staaten ein Umschwung zum Besseren eingetreten. Der internationale Güterausstausch verzeichnet wieder eine beträchtliche Vormärtsentwicklung.

Um das Maß dieser Entwicklung abzumessen, hat die ausgezeichnete Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ die Außenhandelsabien von zwölf Staaten, die etwa 60 Prozent des Welthandels bestreiten, in Goldmark umgerechnet. Für diese Staaten ergibt sich folgender Umsatz in Millionen Goldmark: 1913: 96,7; 1921: 107,9; 1922: 115,8; 1923: 126,9. Schaltet man die Preissteigerung der Waren durch Umrechnung dieser Zahlen mit einem schwächungsweise ermittelten Weltgroßhandelsindex (1913: 100; 1921: 175; 1922 und 1923: 150) aus, so ergibt sich, der Außenhandelsumsatz im Jahre 1913 gleich 100 gesetzt, folgende Reihe: 1921: 65; 1922: 78; 1923: 87.

Der Entwicklung des Außenhandels dieser zwölf Länder dürfte auch ungefähr die Entwicklung des gesamten internationalen Waren-aus-tausches entsprechen.

Ein sonderbarer Streik.

Deutsche Seeleute streiken in England.

Einer der eigenartigsten Streiks vollzieht sich gegenwärtig auf den deutschen Schiffen, die in englischen Häfen eingelaufen sind. Auf diesen Schiffen, die von Deutschland mit deutscher Besatzung gekommen sind, ist ein Streik ausgebrochen und die Streikenden werden von der englischen Gewerkschaft der Seeleute nach Kräften unterstützt. Der Grund des Streiks ist der, daß die deutschen Matrosen schlechter bezahlt sind, als die englischen und die deutsche Rhederei damit eine Schmutzkonkurrenz ärgster Art gegenüber der englischen Rhederei betreibt. Für die Anheuerung eines Matrosen werden in England 16s, in Rußland 90, in Deutschland 56 Mark gezahlt. Die Folge davon ist, daß die deutschen Frachter billiger sein können, als die englischen. Die Kosten, die aus diesem Streik der englischen Gewerkschaft erwachsen, sind sehr groß, weil über 1000 Seeleute zu erhalten sind. In der Geschichte der Streiks verdient es vermerkt zu werden, daß deutsche Seeleute außerhalb ihrer Heimat, in England, streikten.

Die Einkommensteuer der Angestellten. Das Finanzministerium hat einen Erlass herausgegeben, wonach der Dienstgeber seinen Angestellten die Einkommensteuer, falls diese für die verfloßenen Jahre vorgeschrieben wurde, so in Abzug bringen soll, daß die Steuer längstens in 12 Monaten bezahlt werden soll. Der Erlass ordnet dann an, daß die Einkommensteuer rechtzeitig vorgeschrieben werde, damit bei einer späteren Steuer-vorschreibung nicht Schwierigkeiten für jene entstehen, die steuerpflichtig sind, bezw. Steuern abzuführen haben.

Die Arbeitszeit im Ruhrgebiet. Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, mit dem der Deutsche Reichstag der Regierung außerordentliche Voll-machten gab, wurden auch neue Bestimmungen über die Arbeitszeit erlassen, die zwar den Grundsatz des Achtstundentages aufrecht erhalten, doch können weitgehende Ausnahmen durch Tarifverträge vereinbart werden und wo es nicht zu vertraglicher Vereinbarung kommt, können Ausnahmen durch behördliche Anordnung festgelegt werden. Die Wirkungen der neuen Arbeitszeitverordnung waren besonders im Ruhr-gebiet fühlbar, wo die Arbeitszeit, besonders im Bergbau und in der Schwerindustrie bedeutend verlängert wurde. Diese Sachlage be-handelt ein Artikel in einem der jüngsten Hefte der Zeitschrift „Industrial and Labour Information“ (herausgegeben vom Internationalen Arbeits-amt, Genf). In diesem Artikel wird darauf hingewiesen, daß durch die Besetzung und ihre Folgen die wirtschaftliche Tätigkeit im Ruhr-gebiet vollständig lahmgelegt wurde. Nach dem Ausbrennen des passiven Widerstands stellte auch die Ruhrhilfe die Zahlungen ein. Die Ruhr-unternehmer, die inzwischen mit der Vicum einen Vertrag geschlossen hatten, erklärten sich nur unter der Bedingung zur Wiederaufnahme des Betriebes bereit, wenn die Arbeiter in eine Verlängerung der Arbeitszeit einwilligen würden. Nach langen Verhandlungen zwischen Vertretern der beiderseitigen Organisationen und nach wiederholtem Eingreifen des Reichsarbeits-ministeriums wurden Uebereinkommen unterzeichnet. Obwohl deren Bestimmungen in Arbeiterkreisen vielfach entschiedene Gegnerschaft fanden, werden die Uebereinkommen nun all-gemein eingehalten. Jenes für die Schwer-industrie der Ruhr wurde in Berlin am 13. Dezember 1923 unterzeichnet, nachdem Verhandlungen der vom Reichsarbeitsminister eingeladenen Arbeiter- und Unternehmervertreter stattgefunden hatten. Das Uebereinkommen bestimmt die vor-läufig bis zum 1. Juli 1924 geltende Arbeitszeit, zu dem Zweck der Ueberwindung der gegenwärtig in Deutschland herrschenden Wirtschaftskrise. Für die eisenerzeugenden und verarbeitenden Betriebe, wo die Arbeitszeit vor dem Krieg oder während des Krieges weniger als zehn Stunden täglich dauerte, wurde diese Arbeitszeit wieder eingeführt. Besondere Abmachungen wurden auf Grund durchgeführter Erhebungen hinsichtlich jener Betriebsarten getroffen, wo wegen der Art der Arbeit eine kürzere Arbeits-dauer notwendig ist; es darf hier die 54-Stundenwoche, verteilt auf 6 Arbeitstage nicht überschritten werden. Sonst ist die äußerste Grenze 59 Stunden wöchentlich. Die Wiederaufnahme des Betriebes ging im allgemeinen langsam vor sich. Im Bergbau kamen Unternehmer und Arbeiter überein, die Vorkriegsproduktion wieder anzustreben. Die Arbeiter haben sich zu Ueberzeit bereit erklärt, so daß die Schichtdauer, einschließlich Ein- und Ausfahrt, acht Stunden währt.

Verbandsitag der Glasarbeiter. Wie uns mitgeteilt wird, findet zu den Pfingstfeiertagen der sechste ordentliche Verbandstag des Zentralverbandes der Glasarbeiter mit dem Sitze in Tannwald statt.

Von der Elbeschiffahrt. Die Berliner Montagspost teilt mit, daß die Justizverhandlungen wegen Verkaufes der Aktienmajorität der Neuen deutsch-böhmischen Elbeschiffahrts-Aktiengesellschaft an die Vereinigten Elbeschiffahrtsgesellschaften gescheitert sind.

Arbeitszeit und Müdigkeit. Eine englische Untersuchungskommission über die Ermüdung bei industrieller Arbeit hat Untersuchungen über die Wirkungen der Arbeitszeitverlängerungen in der englischen Gasindustrie nach dem Kriege angestellt.

Streikbeschluss der Hamburger Hafnarbeiter. Die Sonntag vorhergenommene Abstimmung der gesamten Hamburger Hafnarbeiterchaft hat mit überwiegender Mehrheit zum Streikbeschluss geführt.

Die Bevölkerung von Petersburg wächst. Laut den neuesten statistischen Angaben ist die Zahl der Einwohner von Petersburg auf 1.137.600 gestiegen.

Kunst und Wissen.

Die Zauberflöte. Mozarts letztes und reifstes Bühnenwerk, wurde Sonntag, mit Max von der Wiener Staatsoper als Sarrastro, im Neuen deutschen Theater aufgeführt.

Gastspiel der Ex-Bühne. Die Ex-Bühne spielte Samstag und Sonntag zwei Komödien: Das Jungfernwed' von Briz und den Chrestein' von dem Hausdichter der Bühne Julius Wohl.

ebenfalls in der Kleinen Bühne, bringen Donnerstag eine Wiederholung des Schwanks „Das Jungfernwed'“ und Freitag eine Wiederholung von Chrestein'.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Dienstag „Die Walküre“ mit Janik-Soffmann a. G. a. A. in der Partie des „Siegfried“ (Beginn 6 Uhr).

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Dienstag und Freitag Gastspiel Ex-Bühne „Der Chrestein'“; Mittwoch „Die politische Witwe“.

Literatur.

Der letzte Band von „Brochhaus', Handbuch des Wissens“, der die Stichworte S bis J vereinigt, ist soeben erschienen. Es ist wieder ein wahrer Genuss, durch den Spaltenwald spazierenzugehen.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Bodenbach. Sonntag fand in der Volkshalle in Bodenbach eine sehr gut besuchte Halbjahreskonferenz der Bezirksorganisation Bodenbach statt.

schäftigte, auf die Kampfmethoden der Gegner überging und die Gefahren, die der Arbeiterschaft drohen, aufzeigte, als deren größte er die geistige Reaktion, die sich vieler Arbeiter bemächtigt hat, bezeichnete.

Bereinsnachrichten.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Genosse Dr. Luitpold Stern spricht Mittwoch, den 12. um 20 Uhr im Karolinum über „Reinartforschung und Klassenkampfgeschichte“.

Turnen und Sport.

DfC. gegen Deutsche Sportbrüder 10:1 (5:0). (Meisterschaft.) So groß die Hoffnungen der Sportbrüder-Anhänger waren, die Sonntag mit Fähnchen in den Klubfarben geschmückt den DfC-Platz betreten, so gering waren die Leistungen der Spieler.

Slavia geg. Viktoria Zizkow. 3:3 (2:2). Mehr als durch das Resultat bewies die Viktoria am Sonntag durch den Spielverlauf, daß ihre gute Form anhält und daß in ihr ein neuer Anwärter auf den Meistertitel entstanden ist.

FC Sparta gegen Guts Muts Dresden 14:0 (6:0). Der „sächsische“ Meister, der vor einer Woche das Kunststück zuwege brachte, den Teplitzer Fk. 2:0 zu schlagen — wie muß der Teplitzer Fk. jämmerlich gespielt haben!

Sonstige Fußballresultate. Italien gegen Spanien 0:0 in Mailand. — Prag. Meteor VIII gegen Ceschofska Rosik 4:0 (2:0).

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Riehnert. Druck Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten. Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. C. m. b. H.

Lachen links! Das neue deutsche Mitblatt erscheint wöchentlich. Jede Nummer Mk 1.10. In beziehen durch die Volksbuchhandlung Genz Gattler, Karlsbad, Herzog Palace.

Der lesende Arbeiter das ist der denkende und kämpfende Arbeiter. In der Not der Arbeitslosigkeit im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen im Kampfe um gesetzliche Freiheit und Kultur ist der Sozialdemokrat das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.